

## Protokoll

### 69. Sitzung

vom Donnerstag, 27. Juni 2019, 10.00–12.00 und 13.45–16.45 Uhr

---

Abwesend Vormittag:	Dudler Markus, Hänggi Christoph, Keller Felix, Kirchmayr Jan, Koller Adil, Scherrer Marc
Abwesend Nachmittag:	Frey Christine, Hänggi Christoph, Hofer Paul, Kirchmayr Jan, Koller Adil, Scherrer Marc, Steinemann Regula, Stückelberger Balz
Kanzlei:	Klee Alex

---

#### Traktanden

1. Begrüssung, Mitteilungen	3325
2. Zur Traktandenliste	3325
3. 7 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3326
4. 10 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3326
5. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3326
6. 13 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3327
7. 14 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3327
8. 11 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3327
9. 14 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3328
10. 11 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3328
11. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen	3328
12. Befristete Erhöhung des Gesamtpensums der Abteilung Strafrecht des Kantonsgerichts Basel-Landschaft von 170% auf 200% bis zum Ende der laufenden Amtsperiode	3329
13. Einführung eines Staatsbeitragsgesetzes als Grundlage eines systematischen Staatsbeitragscontrollings (2. Lesung)	3330
14. Zusammenführen, was zusammengehört: Neuorganisation des Personalwesens umsetzen; Änderung des Personalgesetzes (2. Lesung)	3331
15. Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative: «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» (2. Lesung)	3333
16. Jahresbericht 2018	3334
17. Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2018 der Basellandschaftlichen Kantonalbank	3340
18. Sammelvorlage von Motionen und Postulaten, die zur Abschreibung beantragt werden.	3346
19. Sammelvorlage von Aufträgen, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind	3346
20. Ausgabenbewilligung für die Entrichtung von Betriebs- und Investitionsbeiträgen an den Switzerland Innovation Park Basel Area für die Periode 2019 bis 2025	3349

21. Ausgabenbewilligung Sanierung Schlammbehandlung (Etappe 2) und Erweiterung ARA Ergolz 1 mit einer Stufe zur Reduktion von Mikroverunreinigungen	3351
22. Schlussabrechnung Verpflichtungskredit (altes Recht / neues Recht: Ausgabenbewilligung) Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton / IA 700199 und 700697 bis 700715 / Kostenart -Nr. 5040 0 000 / Landratsvorlage 2010/317 und Beschluss 2011/2441 2019/229; Protokoll: ps	3352
23. Geschäftsbericht 2018 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK)	3353
24. Fragestunde der Landratssitzung vom 27. Juni 2019	3353
25. Bildungsqualität statt Abbau: Lageraufstockungen auf der Sekundarstufe I und II	3354
26. Wald als ausserschulischer Lernort	3354
27. Integration statt Ausgrenzung: Lehrkräfte mit Migrationshintergrund sind Vorbilder und Identifikationsfiguren für zugezogene Kinder und Jugendliche	3355
28. Wasser-Strategie des Kantons Basel-Landschaft?	3355
51. Tablets-Beschaffung für Schulen mit Gemeinden	3356
52. Patiententransporte – eine wichtige Leistung finanzieren	3356
58. Velo-Offensive BL: Rechtsabbiegen bei Rot für Velos	3358
59. Velo-Offensive BL: Sicherheit für Velofahrerinnen und Velofahrer im Kreisverkehr verbessern	3358
67. Verabschiedungen	3358

Nr. 2675

**1. Begrüssung, Mitteilungen**

2018/939; Protokoll: cr

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst die Anwesenden zur letzten Landratssitzung der laufenden Legislatur.

– *Hitze*

Wegen der grossen Hitze finden sich im Vorzimmer Wasserflaschen. Tenuerleichterungen sind selbstverständlich, den Umständen entsprechend, in Ordnung.

– *Fundgegenstände*

Gegen Ende der Legislatur nochmals der Aufruf betreffend Fundgegenstände: In den Sommerferien werden alle liegengebliebenen und nicht abgeholt Gegenstände von der Landeskanzlei entsorgt.

– *FC Landrat*

Der FC Landrat hat letztes Wochenende die Legislatur mit einer Reise ins Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen. Er hat gegen das Team des liechtensteinischen Landtags mit 6:3 gewonnen. Der nächste Einsatz ist am 5. Juli 2019, am Dreiländerturnier gegen den FC Grossrat Basel-Stadt, die Kreiskicker Lörrach und die Stadtverwaltung Mülhausen. Das Turnier findet auf der Sportanlage Grütt in Lörrach statt. Dafür braucht es dringend noch ein paar Spieler/innen mehr – rasche Anmeldungen sind erwünscht.

– *Glückwünsche*

Herzlichen Glückwunsch an Pascal Ryf: Er ist am Montag 40 geworden. *[Applaus]*

– *Entschuldigungen*

*Ganzer Tag* Christoph Hänggi, Jan Kirchmayr, Adil Koller, Marc Scherrer

*Vormittag* Markus Dudler, Felix Keller

*Nachmittag* Christine Frey, Paul R. Hofer, Regula Steinemann, Balz Stückelberger

– *Organisatorisches*

Grosszügigerweise spendiert Regierungsrätin Sabine Pegoraro sämtlichen Landratsmitgliedern eine Glacé, weshalb um 15 Uhr eine viertelstündige Pause eingeschaltet wird.

Nr. 2676

**2. Zur Traktandenliste**

2018/940; Protokoll: cr

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, beim Traktandum 20, der Ausgabenbewilligung für den Switzerland Innovation Park, handle es sich um ein zeitkritisches partnerschaftliches Geschäft. Der Regierungsrat bittet darum, dieses Geschäft unbedingt noch heute zu beraten. Es wird vorgeschlagen, dieses Traktandum vorzuziehen und gleich nach dem Traktandum 16, Jahresbericht 2018, zu beraten.

Die Traktanden 51, 58 und 59 müssen wegen der Abwesenheit von Jan Kirchmayr abgesetzt werden.

Nun noch ein persönliches Anliegen des Landratspräsidenten. Das Traktandum 52 ist eine Motion von Pia Fankhauser und Georges Thüring. Erstens werden heute beide verabschiedet und zweitens haben sie sich im Rat immer für Behinderte eingesetzt. Zu ihren Ehren soll das Traktandum heute auf jeden Fall behandelt werden.

Keine Wortbegehren.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 51, 58 und 59 beschlossen. Traktandum 20 wird nach Traktandum 16 beraten, und Traktandum 52 soll auf jeden Fall beraten werden.

---

Nr. 2677

**3. 7 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**  
2019/325; Protokoll: cr

**Georges Thüring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, hat heute verschiedene Einbürgerungs-Pakete vorzustellen, welche die Kommission am 18. Juni 2019 behandelt hat. Die vorliegenden 7 Gesuche betreffen 15 Personen, darunter 5 Kinder. Die Kommission beantragt dem Landrat mit 7:0 Stimmen, die Gesuche gutzuheissen.

://: Mit 68:6 Stimmen bei 5 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2678

**4. 10 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**  
2019/373; Protokoll: cr

**Georges Thüring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, führt aus, die vorliegenden 10 Gesuche würden 15 Personen umfassen, darunter 3 Kinder. Die Kommission beantragt dem Landrat mit 6:1 Stimmen, die Gesuche gutzuheissen.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Mit 60:18 Stimmen bei 3 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2679

**5. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**  
2019/374; Protokoll: cr

**Georges Thüring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, erläutert, die vorliegenden 8 Gesuche würden 14 Personen betreffen, 2 davon sind Kinder. Die Kommission ist mit 7:0 Stimmen für deren Einbürgerung.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Mit 67:10 Stimmen bei 5 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2680

**6. 13 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**  
2019/390; Protokoll: cr

**Georges Thuring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, kommt zu 13 Gesuchen von 16 Personen, darunter 2 Kinder. Die Kommission spricht sich mit 7:0 Stimmen für ihre Einbürgerung aus.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Mit 68:8 Stimmen bei 6 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2681

**7. 14 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**  
2019/391; Protokoll: cr

**Georges Thuring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, gibt bekannt, die vorliegenden 14 Gesuche würden 28 Personen, darunter 12 Kinder, betreffen. Das Stimmenverhältnis in der Kommission war 4:3.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Mit 55:22 Stimmen bei 5 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2682

**8. 11 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**  
2019/392; Protokoll: cr

**Georges Thuring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, gibt bekannt, die vorliegenden 11 Gesuche würden 19 Personen, darunter 15 Kinder, umfassen. Die Kommission stimmt den Gesuchen mit 5:2 Stimmen zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

://: Mit 55:20 Stimmen bei 4 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2683

**9. 14 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**

2019/393; Protokoll: cr

Laut **Georges Thüring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, beantragt der Kommission mit 5:2 Stimmen Zustimmung zu den vorliegenden 14 Gesuchen betreffend 19 Personen, darunter 6 Kinder.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Mit 53:21 Stimmen bei 4 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2684

**10. 11 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**

2019/399; Protokoll: cr

**Georges Thüring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, führt aus, die vorliegenden 11 Gesuche umfassten 21 Personen, wovon 9 Kinder. Die Kommission spricht sich mit 5:2 Stimmen für ihre Einbürgerung aus.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Mit 56:21 Stimmen bei 4 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2685

**11. 8 Einbürgerungsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen**

2019/400; Protokoll: cr

**Georges Thüring** (SVP), Präsident der Petitionskommission, informiert, die Kommission beantragte mit 7:0 Stimmen Zustimmung zu den vorliegenden 8 Gesuchen, welche 8 Personen, darunter 2 Kinder, umfassen.

Schliesslich noch ein kurzer Rückblick auf die Arbeit der Petitionskommission in der vergangenen Legislatur. Es wurden 15 Petitionen, 3 Bussenerlassgesuche, 7 Begnadigungsgesuche und 1'484 Einbürgerungsgesuche behandelt. Während seiner Zeit als Kommissionspräsident wurden rund 2'100 Personen eingebürgert.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Mit 69:8 Stimmen bei 6 Enthaltungen erteilt der Landrat den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

---

Nr. 2686

**12. Befristete Erhöhung des Gesamtpensums der Abteilung Strafrecht des Kantonsgerichts Basel-Landschaft von 170% auf 200% bis zum Ende der laufenden Amtsperiode**

2019/286; Protokoll: cr

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst Dieter Egli, den geschäftsführenden Präsidenten der Abteilung Strafrecht am Kantonsgericht, den die Geschäftsleitung gemäss § 54 Absatz 2 des Landratsgesetzes zur Beratung beizuziehen beschlossen hat.

**Andreas Dürr** (FDP), Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission (JSK), schickt voraus, dass die Kommission die Vorlage einstimmig mit 12:0 Stimmen zur Annahme empfehle. Das Kantonsgericht ist relativ kurzfristig mit einer Vorlage an den Landrat gelangt. Darin wird erklärt, dass man sich aus einer Vielzahl von strukturellen, strafprozessualen Gründen sowie wegen des laufenden Verfahrens rund um das Dojo (Kampfsportzentrum) an der Kapazitätsgrenze befindet. Deshalb wird beantragt, das Pensum von Enrico Rosa bis zum Ende der Amtsperiode von derzeit 70 % auf 100 % zu erhöhen. Die JSK hat die Vorlage geprüft. Sie sieht durchaus einen Engpass, insbesondere aufgrund des Dojo-Verfahrens. Das Kantonsgericht hat nur zwei Gerichtspräsidien. Das heisst, man kann im Vergleich zum Strafgericht weniger auffangen. Das anerkennt die JSK. Die JSK sieht auch, dass es notwendig ist, den Normalbetrieb aufrechterhalten zu können. Allerdings ist die JSK der Meinung, dass eine generelle Erhöhung des Pensums vertieften Überlegungen standhalten muss und nicht in einem Kurzverfahren, gestützt auf § 5 des Gesetzes über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG), möglich ist. Man darf nicht vergessen, dass erst im Jahr 2018 die Vorlage zur Bestückung der Gerichte vorgestellt wurde. Seither hat sich nicht sehr viel geändert. Zudem wurde mit der Vorlage von 2018 noch eine Gerichtsschreiberstelle à 80 % neu geschaffen. Die JSK ist der Meinung, es müsste zuerst untersucht werden, wie sich dies auf die Geschäftslast auswirkt, zumal ein grosser Rückstand gegen das Beschleunigungsgebot verstossen könnte. Die JSK hat im Weiteren beachtet, was noch in der Pipeline ist. Sie nimmt den Engpass beim Kantonsbericht zur Kenntnis, sieht ihn aber primär beim Dojo-Verfahren und möchte dort auch keinen Flaschenhals entstehen lassen. Aufgestockt werden soll gemäss der JSK deshalb nicht bis zum Ende der Amtsperiode, sondern für die Dauer von 18 Monaten. Denn man darf nicht vergessen, dass der Dojo-Fall irgendwann abgeschlossen sein wird. In den 18 Monaten sind jedoch ein halbes bis dreiviertel Jahr «Nachglühen» einberechnet, so dass die JSK der Meinung ist, Ende 2020 sollte alles aufgearbeitet sein. Dann muss erst noch der Normalbetrieb untersucht werden. Sollte man dabei zur Erkenntnis kommen, es habe an der Abteilung Strafgericht des Kantonsgerichts wirklich zu wenige Präsidien, kann man dies in der neuen Pensenverteilung des Kantonsgerichts gesamthaft beurteilen. Das wäre dann der richtige Moment, während es nicht vernünftig erscheint, in einem Hauruck-Verfahren ein Jahr nach einer Vorlage schon wieder etwas zu ändern. Aus diesem Grund soll dem Kantonsgericht entgegengekommen werden, indem der Engpass behoben wird. Aber wenn wirklich mehr Kapazitäten bzw. Pensen geltend gemacht werden sollten, braucht es dazu eine ausgewobene Vorlage.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

*Titel und Ingress*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) macht darauf aufmerksam, dass die Kommission die befristete Erhöhung des Pensums bis zum 31. Dezember 2020 statt bis zum Ende der laufenden Amtsperiode beantrage.

**Andreas Dürr** (FDP) bestätigt die Ausführungen des Landratspräsidenten und weist darauf hin, dass der Titel des Landratsbeschlusses noch entsprechend angepasst werden müsse.

*://*: Der Titel wird stillschweigend wie folgt geändert: «Landratsbeschluss betreffend Befristete Erhöhung des Gesamtpensums der Abteilung Strafrecht des Kantonsgerichts Basel-Landschaft von 170% auf 200% bis ~~zum Ende der laufenden Amtsperiode~~ 31. Dezember 2020».

*Ziffern 1 und 2*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

*://*: Mit 80:0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) dankt und verabschiedet Dieter Egli.

***Landratsbeschluss***

***betreffend Befristete Erhöhung des Gesamtpensums der Abteilung Strafrecht des Kantonsgerichts Basel-Landschaft von 170% auf 200% bis 31. Dezember 2020***

*vom 27. Juni 2019*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

- 1. Es wird gestützt auf § 5 Abs. 1 GOG bis 31. Dezember 2020 für die Abteilung Strafrecht des Kantonsgerichts Basel-Landschaft ein ausserordentliches Präsidium mit einem Pensum von 30 % geschaffen. Dafür wird das Pensum von Enrico Rosa, ordentlicher Präsident der Abteilung Strafrecht, bis 31. Dezember 2020 von 70 % auf 100 % erhöht.*
- 2. Für 2019 wird ein entsprechender Nachtragskredit in der Höhe von CHF 60 000.- bewilligt.*

Nr. 2687

**13. Einführung eines Staatsbeitragsgesetzes als Grundlage eines systematischen Staatsbeitragscontrollings (2. Lesung)**

2019/199; Protokoll: cr

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) erinnert daran, dass der Landrat die 1. Lesung ohne Änderungen am Antrag der Kommission abgeschlossen habe.

**Peter Brodbeck** (SVP), Präsident der Finanzkommission (FIK), verzichtet auf das Wort.

**Stefan Degen** (FDP) weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion das Gesetz in der Schlussabstimmung ablehnen werde. Die Fraktion empfiehlt allen Leistungserbringern aus sozialen, ökologischen und weiteren Bereichen, mit ihr mitzuziehen.

Keine weiteren Wortbegehren.

– *2. Lesung Staatsbeitragsgesetz*

Keine Wortbegehren.



- *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

- *Schlussabstimmung Gesetzesänderung*

*://:* Mit 60:19 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Staatsbeitragsgesetz beschlossen. Das 4/5-Mehr von 68 Stimmen ist nicht erreicht, so dass es zu einer obligatorischen Volksabstimmung kommt.

- *Detailberatung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

Keine Wortbegehren.

- *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

- *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

*://:* Mit 59:19 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

### **Landratsbeschluss**

### **betreffend Einführung eines Staatsbeitragsgesetzes als Grundlage eines systematischen Staatsbeitragscontrollings**

*vom 27. Juni 2019*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

1. *Das Staatsbeitragsgesetz wird beschlossen.*
2. *Ziffer 1 unterliegt der Volksabstimmung gemäss § 30 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17.05.1984.*
3. *Die folgenden Vorstösse werden abgeschrieben:*
  - 3.1. *Postulat 2010/372: Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit Basel-Stadt;*
  - 3.2. *Postulat 2015/257: Corporate Governance Regeln für Beitrags- resp. Subventionsempfänger;*
  - 3.3. *Postulat 2014/399: Rahmengesetz für Kantonsbeiträge an gemeinnützige Institutionen;*
  - 3.4. *Postulat 2018/335: Standards bei kantonalen Leistungsaufträgen.*

Nr. 2688

### **14. Zusammenführen, was zusammengehört: Neuorganisation des Personalwesens umsetzen; Änderung des Personalgesetzes (2. Lesung)**

2016/138; Protokoll: cr

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) erinnert daran, dass die 1. Lesung ohne Änderungen abgeschlossen wurde.

**Balz Stückelberger** (FDP), Präsident der Personalkommission (PLK), hat weder Ergänzungen noch neue Erkenntnisse anzufügen. Da es aber offenbar Usanz ist, sich als Kommissionspräsident zu verabschieden, möchte sich auch der Redner noch bei den Kommissionsmitgliedern und allen weiteren Beteiligten bedanken für ihren Beitrag, den sie während der Legislatur geleistet haben, damit die nicht immer einfachen Geschäfte in der Kommission beraten werden konnten.

**Pia Fankhauser** (SP) führt aus, dass bereits aus der 1. Lesung bekannt sei, dass die SP-Fraktion der Vorlage ablehnend bis kritisch gegenüberstehe. Die Arbeitnehmerverbände lehnen sie eben-

falls weiterhin ab. Es bestehen grosse Bedenken, wie die praktische Umsetzung im Arbeitsalltag und vor allem die direktionsspezifischen Probleme nach Annahme dieser Vorlage behandelt werden sollen. Wenn ein paar Fraktionsmitglieder der Vorlage zustimmen oder sich enthalten, so tun sie dies unter der Voraussetzung, dass eine gute Kommunikation und eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten sichergestellt werden kann. Die SP-Fraktion wird auch bei Annahme der Gesetzesänderung durch den Landrat heute die Umsetzung sehr kritisch verfolgen. In der SP-Fraktion kommen also kritische Ja-Stimmen und kritische Enthaltungen zum Ausdruck.

– *2. Lesung Personalgesetz*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Änderung Personalgesetz*

*:::* Mit 70:10 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Änderung des Personalgesetzes zugestimmt. Das 4/5-Mehr von 67 Stimmen ist damit erreicht, und es kommt nicht zu einer obligatorischen Volksabstimmung.

– *Detailberatung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

*:::* Mit 75:7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

***Landratsbeschluss***

***über die Motion 2016/138 der Personalkommission: Zusammenführen, was zusammengehört: Neuorganisation des Personalwesens umsetzen***

*vom 27. Juni 2019*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

- 1. Die Änderung des Gesetzes vom 25. September 1997 über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons (Personalgesetz) wird beschlossen.*
- 2. Die Motion der Personalkommission «Zusammenführen, was zusammengehört: Neuorganisation des Personalwesens umsetzen (2016/138)» wird als erfüllt abgeschrieben.*
- 3. Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung fest.*

Nr. 2689

**15. Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative: «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» (2. Lesung)**

2019/166; Protokoll: cr

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, der Landrat habe an seiner letzten Sitzung die 1. Lesung ohne Änderung abgeschlossen.

**Caroline Mall** (SVP), Vizepräsidentin der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, verzichtet auf das Wort.

Keine Wortbegehren.

– *2. Lesung Änderung Bildungsgesetz*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Änderung Bildungsgesetz*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, es brauche für die Schlussabstimmung zur Gesetzesänderung keine Anwesenheitskontrolle. Als Umsetzungsvorlage einer nichtformulierten Volksinitiative untersteht die Gesetzesänderung ohnehin der obligatorischen Volksabstimmung.

://: Mit 81:0 Stimmen wird der Änderung des Bildungsgesetzes zugestimmt.

– *Detailberatung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Mit 80:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) hat eine Wortmeldung von Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** übersehen und erteilt ihr nachträglich das Wort.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) bedankt sich herzlich für das Abstimmungsergebnis. An der Umsetzung der Initiative wurde seit Februar 2018 intensiv gearbeitet. Ein herzlicher Dank gilt auch den Landratsmitgliedern, die in der Task Force mitgearbeitet haben. Es ist ein hervorragendes Ergebnis, das gemeinsam erzielt werden konnte, aber nicht selbstverständlich ist. Die Rednerin ist überzeugt, dass der Kanton mit der Lehrmittelfreiheit, die hier im Bildungsgesetz verankert werden soll, auf dem richtigen Weg ist. Weiter ist sie überzeugt davon, dass so auch beim Passepartout ein ganz wichtiges Signal dazu ausgesendet werden konnte, wie die Fremdsprachen in Zukunft unterrichtet werden sollen. Die Lehrerinnen und Lehrer wissen ganz genau, welche Lehrmittel zu ihnen passen. Der Bildungsrat wird mehrere Lehrmittel prüfen und auf die Liste setzen. Die einstimmige Zustimmung des Landrats ist ein grosser Vertrauensbeweis gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern. Das Wichtigste ist, dass die Schülerinnen und Schüler auf ihre weitere Ausbildung und auf das Berufsleben bestens vorbereitet werden können. Selbstverständlich wird es nun zu einer Volksabstimmung kommen. Die Regierungspräsidentin freut sich, mit einem ein-

stimmigen Ergebnis des Landrats in die Abstimmung einsteigen zu können. Vielen Dank für die Unterstützung.

**Landratsbeschluss**

**betreffend Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative: «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt»**

vom 27. Juni 2019

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Änderung des Bildungsgesetzes (SGS 640) in Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative: «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» wird beschlossen.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht der Volksabstimmung gemäss § 30 Absatz 1 Buchstabe d der Kantonsverfassung.
3. Das Postulat 2018/356: «Ausstieg aus dem Fremdsprachenkonzept – Sistierung von finanziellen Ausgaben bis zum Volksentscheid» wird abgeschrieben.

Nr. 2690

**16. Jahresbericht 2018**

2019/198; Protokoll: cr, mko

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst den Kantonsgerichtspräsidenten Roland Hofmann. Dieser nimmt gemäss § 54 des Landratsgesetzes von Amtes wegen an der Landratssitzung zur Jahresrechnung und zum Jahresbericht des Kantonsgerichts teil.

**Peter Brodbeck** (SVP), Präsident der Finanzkommission (FIK), spricht zum Teil Jahresrechnung. Zur Erfolgsrechnung: Der Kanton schliesst das Jahr 2018 mit einem Gewinn im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung von CHF 55,5 Mio. ab. Budgetiert war, unter Berücksichtigung von Kreditübertragungen und Nachtragskrediten, ein Ertragsüberschuss von lediglich CHF 3,1 Mio. Ohne den ausserordentlichen Aufwand zur Abtragung des Bilanzfehlbetrags aus der Reform der Pensionskasse (BLPK) resultiert ein operatives Ergebnis von CHF 166,6 Mio. Dem betrieblichen Aufwand von CHF 2'716,0 Mio. steht dabei ein Ertrag von CHF 2'808,6 Mio. gegenüber. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung ist zu einem bedeutenden Teil der wirtschaftlichen Entwicklung zu verdanken, die sich in der Planung noch nicht abgezeichnet hatte.

Zum Eigenkapital, Selbstfinanzierungsgrad und Finanzierungssaldo: Der Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung führt zu einer entsprechenden Erhöhung des Eigenkapitals auf neu CHF 435 Mio. Es liegt damit deutlich über dem Warnwert von CHF 229 Mio. Stabil blieb der Selbstfinanzierungsgrad. Mit 119 % liegt er erneut deutlich über dem budgetierten Wert (36 %). Dies bedeutet, dass die Investitionen aus eigener Kraft getragen werden konnten und nicht zu einer Neuverschuldung führten. Der Finanzierungssaldo beträgt CHF +42 Mio. statt wie budgetiert CHF -190 Mio. Damit kann die Nettoverschuldung um CHF 33 Mio. reduziert werden; geplant war ein Anstieg um CHF 190 Mio.

Zur Investitionsrechnung: Statt der budgetierten CHF 297,2 Mio. wurden Nettoinvestitionen von CHF 215,8 Mio. realisiert. Die mit CHF 16 Mio. bedeutendste Unterschreitung betrifft die Investitionsbeiträge für Alters- und Pflegeheime, weil provisorisch bewilligte Projekte bis Ende 2017 keine Bewilligung und damit im Jahr 2018 auch keine Beiträge erhielten. Zudem verzögerten sich die Erneuerung der ARA Basel (ProRheno) und die Projekte der ARA Rhein. Allgemein konnten diverse Projekte infolge Einsparungen nicht oder nur verzögert begonnen werden. Dafür flossen mehr Mittel als budgetiert in den Neubau der FHNW in Muttenz und des Biozentrums Schällemätteli der Universität Basel.

Zu den Strategiemassnahmen und Entlastungen: Das budgetierte Entlastungsziel von CHF 14,2 Mio. wurde mit CHF 14,5 Mio. leicht übertroffen. Die aufgrund von Strategiemassnahmen umgesetzte Stellenreduktion lag mit 59,97 Stellen knapp unter dem Budget (60,99 Stellen). Zum Bericht der Finanzkontrolle: Gemäss Finanzkontrolle entspricht die Jahresrechnung 2018 mit einer Ausnahme den Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG). Die Finanzkontrolle erteilt ein eingeschränktes Prüfungsurteil. Dies, weil die neue Strategie des Kantonsspitals Basel-Land zurzeit erarbeitet wird und einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Beteiligung und der Darlehen haben könnte. Eine umfassende Bewertungsprüfung kann laut der Finanzkontrolle erst in Kenntnis der neuen Strategie erfolgen. Trotzdem empfiehlt sie dem Landrat, die Staatsrechnung 2018 zu genehmigen.

Zu den Kommissionsberatungen: Die Kommission beriet die Vorlage am 10. April und am 22. Mai 2019. Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Subkommissionen haben die Zahlen der einzelnen Direktionen untersucht und der Kommission Bericht erstattet. Details dazu finden sich im Anhang des Kommissionsberichts.

Während den Beratungen beschäftigte sich die Kommission mit der Ertragsstruktur des Kantons. Der Kanton finanziert sich etwa zu zwei Dritteln aus Steuereinnahmen. Den grössten Anteil davon bestreiten die natürlichen Personen; Basel-Landschaft ist ein «Wohnkanton». Demgegenüber machten die Gewinnsteuereinnahmen im Jahr 2018 lediglich 10 % aus. Sie lagen für das Jahr 2018 leicht unter dem Budget, obwohl sie im Vergleich zur Rechnung 2017 leicht zugenommen haben. Ihr Anteil am Ertrag des Kantons ist gegenüber den Vorjahren leicht gesunken, was sich nach Angaben der Verwaltung allerdings auch daraus erklärt, dass die Einkommenssteuern stärker gewachsen sind. Die Stagnation des Anteils der Gewinnsteuereinnahmen am Ertrag und die Verfehlung des gesetzten Zielwerts von 15 % wurden in der Kommission als nicht verständlich bezeichnet. Es wurde gemutmasst, der Kanton verstehe die Treiber und die Dynamik der Gewinnsteuern noch zu wenig. So wurde an Regierungsrat und Verwaltung appelliert, die Steuereinnahmen von juristischen Personen genau zu analysieren und die Ertragsseite so in den Griff zu bekommen, wie dies in den letzten Jahren auf der Kostenseite gelungen ist. Die bereits ergriffenen Massnahmen seien dahingehend zu prüfen, ob sie auch die richtigen seien. Der Finanz- und Kirchendirektor bekräftigte gegenüber der Kommission, das Anliegen ernst zu nehmen. Aus diesem Grund werde etwa grossen Wert auf die Steuervorlage 17 ([LRV 2018/920](#)) und – in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden – auf Arealentwicklungen gelegt. Um in diesem Bereich Erfolge zu erzielen, brauche es aber einen langen Atem. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Veranlagung von juristischen Personen jeweils erst in den Folgejahren erfolgen könne. Positive Erträge aus vergangenen Jahren würden also erst in Folgejahren ersichtlich.

Ein weiteres Diskussionsthema in der Kommission war die Nettoverschuldung. Im interkantonalen Vergleich liegt die Nettoverschuldung pro Einwohner des Kantons mit CHF 9'712.– weiterhin hoch. Ihre Last ist durch das aktuelle Tiefzins-Umfeld nicht sehr hoch. Können die Schulden aber nicht vor einer allfälligen Zinsänderung abgetragen werden, müssen sie zu höheren Zinsen refinanziert werden. Wird der soeben erwähnte Betrag auf die Einwohner des Kantons hochgerechnet, so ergeben sich Nettoschulden von etwa CHF 2,7 Mrd. Verändern sich die Zinsen um etwa 1 %, kann dies in der Rechnung des Kantons bald einmal CHF 30 Mio. ausmachen. Deshalb ist diesem Bereich die notwendige Beachtung zu schenken. Dies will der Regierungsrat auch tun, wie der Kommission versichert wurde. In der Kommission wurde empfohlen, dem Schuldenabbau eine höhere Priorität beizumessen, den Abbau voranzutreiben und vor allem entsprechende Pläne aufzustellen, wie der Abbau in den nächsten Jahren erfolgen soll.

Schliesslich diskutierte die Kommission über die Situation verschiedener Beteiligungen. Diese werden den Kanton in Zukunft voraussichtlich stärker beschäftigen, da sie zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert zu sein scheinen. Wie von der zuständigen Subkommission erwähnt, steht erstens das Kantonsspital vor einer herausfordernden Ausgangslage, von welcher auch der Kanton massgeblich betroffen ist. Die Subkommission fordert daher eine gute Vorbereitung auf die verschiedenen möglichen Szenarien. Weiter wurden in der Kommission die sich abzeichnenden anspruchsvollen Entwicklungen in Bezug auf die Messe Schweiz (MCH) thematisiert. Im Gegensatz zu den Kantonen Zürich und Basel-Stadt hat sich der Kanton Basel-Landschaft sein Darlehen bisher nicht vorzeitig zurückzahlen lassen. Denn damit wäre ein Zinsverzicht verbunden gewesen. Einem solchen Einnahmeverzicht müsste der Landrat zustimmen. Wie die Verwaltung ausführte,



sei der Regierungsrat in Anbetracht der Gesamtsituation zur Überzeugung gelangt, das Darlehen solle gemäss Vertragsbedingungen im März 2021 zurückgezahlt werden. In der Kommission wurde betont, das Risiko, dass der Kanton das Darlehen allenfalls nur teilweise zurück erhalten könnte, sei damit gestiegen. Die Situation sei daher genau zu beobachten. Schliesslich besprach die Kommission Rechnungslegungsfragen in Bezug auf die Universität Basel. Sie stellt fest, dass aus dem Eigenkapitalnachweis der Universität nicht hervorgeht, inwiefern Reserven bestehen. Dies ist für die Trägerkantone jedoch eine sehr wichtige Information. Unter Bezugnahme auf die Landratsvorlage zum Leistungsauftrag 2018–2021 (LRV [2017/245](#)) wünscht der Kanton Basel-Landschaft seit längerer Zeit einen Wechsel auf den Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER. Die Kommission unterstützt dieses Bestreben und fordert eine wahre und richtige Darstellung der finanziellen Situation der Universität.

Die FIK beantragt dem Landrat mit 12:0 Stimmen, dem unveränderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

**Hanspeter Weibel** (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), spricht zum Teil Geschäftsbericht. Der Redner empfiehlt allen, den Bericht der GPK zu lesen, der einen guten Überblick darüber gibt, was im vergangenen Jahr in der Verwaltung gemacht oder nicht gemacht worden ist. Er wünscht sich für das nächste Jahr eine bessere Abstimmung der beiden Kommissionen. Denn er ging davon aus, dass sich die FIK hauptsächlich dem «Zahlenteil» und die GPK den Tätigkeiten widmen würde.

Stichwortartig zu den einzelnen Direktionen: Im Teil der der Finanz- und Kirchendirektion wird ersichtlich, dass im Jahr 2018 im Landrat 257 Vorstösse eingereicht wurden. Es waren immerhin etwas weniger als im Rekordjahr 2017. Der Landratspräsident hat dazu wohl noch genauere Statistiken. In der Steuerverwaltung kam die Frage des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) auf. Diese Datensätze wurden nun erstmals an die Kantone geliefert. Im Kanton Basel-Landschaft sind 63'000 Datensätze eingegangen, die nun zu verarbeiten sind. Selbstverständlich muss man damit erst Erfahrungen sammeln. Je nach dem, was dies alles bedingt und man feststellt, dass es sich tatsächlich um interessante Informationen handelt, wird es mehr Personal brauchen.

Einer der Schwerpunkte der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion war die Afrikanische Schweinepest. Hier laufen offenbar Dinge, die in der Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen werden.

In der Bau- und Umweltschutzdirektion hat sich die GPK mit den Schwerpunkten und der Übergabe des Amtes befasst. Die Immobilienstrategie ist eine der Herausforderungen – mit der Feststellung, dass der Kanton gar nicht mehr so viele Areale hat, die er für die Entwicklung nutzen könnte. Nun wird eine Strategieänderung überlegt, indem Abgabe im Baurecht versus Verkauf überprüft werden soll. Aber das wird Sache des künftigen Bau- und Umweltschutzdirektors sein. Im Kommissionsbericht festgehalten ist weiter eine Liste «Übergabe der Direktionsgeschäfte». Der künftige Bau- und Umweltschutzdirektor kann hier – sofern er es noch nicht weiss – nachlesen, was ihn alles erwartet.

Bei der Sicherheitsdirektion ist eine interessante Information zum Electronic Monitoring enthalten. Im 2018 haben nämlich 42 Personen insgesamt 4'146 Hafttage auf diese Art verbracht. Das sind pro Person immerhin etwa drei Monate mit Fussfesseln. Die Frage der Einführung des Mobile Computing hat die GPK aufmerksam verfolgt. Es kam immer wieder zu Verzögerungen, die hauptsächlich auf Seiten des Lieferanten zustande kamen. Aber es sieht jetzt so aus, also ob dies nun doch umgesetzt werden könnte. Etwas irritiert hat die GPK die Stellen beim Nachrichtendienst, was aber eher mit der Finanzierung beim Bund zu tun hat. Hier müsste man eigentlich davon ausgehen, dass aufgrund der Gesamtbedrohungslage mehr Personal nötig wäre. Der Bund, der das Personal finanzieren würde, hat dem jedoch nicht zugestimmt. Der Sicherheitsdirektor hat allerdings entschieden, die zusätzlichen 100 Stellenprozent durch den Kanton zu finanzieren. Zur Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion wird auf den Kommissionsbericht verwiesen.

– *Eintretensdebatte*

**Saskia Schenker** (FDP) nimmt seitens der FDP-Fraktion Stellung. Wie der Kommissionspräsident ausgeführt hat, gab es ein sehr gutes Jahresergebnis. Im Jahr 2018 konnten zwei Tranchen des Bilanzfehlbetrags abgetragen werden, was insbesondere der guten Wirtschaftslage und den damit

einhergehenden höheren Steuereinnahmen zu verdanken ist. Der FDP-Fraktion ist es wichtig, festzuhalten, dass die Hausaufgaben in der letzten Legislatur erledigt wurden. Es wurden wichtige Grundlagen gelegt, das Finanzhaushaltsgesetz (FHG) in Kraft gesetzt, der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingeführt und die Finanzstrategie umgesetzt. Die Rednerin möchte dies alles am letzten Landratstag der Legislatur in Erinnerung rufen. Das Ergebnis konnte erreicht werden, weil die Hausaufgaben erledigt wurden und die guten Instrumente nun zur Verfügung stehen – aber nicht nur. Das Ergebnis konnte schneller erreicht werden dank der Wirtschaftslage. Wie der Kommissionspräsident vorhin sagte, präsentiert sich als Ausgangslage immer noch eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Zudem besteht weiterhin ein Bilanzfehlbetrag, der über einige Jahre abzuzahlen sein wird. Deshalb muss so weitergearbeitet werden und man muss sich bewusst sein, dass gewisse Risiken bestehen. Die Instrumente müssen gut angewendet werden. Die Rednerin möchte allen Beteiligten herzlich danken, dass man es so weit brachte. In der letzten Legislatur wurden nicht nur einfache Massnahmen umgesetzt. Es war ein wichtiges Zeichen von Regierungsrat und Landrat, als erstes den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons etwas zurückzugeben. Ihnen wurde nicht nur ein Teuerungsausgleich gewährt, sondern auch die Reduktion um ein Lohnprozent wettgemacht. Weiter ist die Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung bereits dieses Jahr erfolgt. Im Rahmen der Steuervorlage 17 ([LRV 2018/920](#)) ist sogar noch eine weitere Erhöhung vorgesehen. Damit wurden Fakten geschaffen und es ist wichtig, auf dem folgenden Weg zu bleiben: vorsichtiger mit den Finanzen umgehen und nach und nach stärker in die Zukunft investieren.

**Paul Wenger** (SVP) führt namens der SVP-Fraktion ins Feld, dass die Ergebnisse nicht zuletzt dank einer guten bürgerlichen Absprache zustande gekommen seien. Dies, obwohl man von der linken Seite als rechtskonservativ abgestraft worden ist. Letztlich hat die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien die von Saskia Schenker erwähnten Punkte ermöglicht. Der Redner hofft, dass die Politikerinnen und Politiker, die in diesem Sinne langfristig denken, in der nächsten Legislatur mit anderen Akteuren im Saal in dieser Art weiterfahren können. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Die SP-Fraktion, so **Urs Kaufmann** (SP), sei ebenfalls froh, dass der Jahresabschluss so gut ausfiel. Wären die diversen Sonderfaktoren nicht eingetreten, wäre der Abschluss gar noch deutlich besser ausgefallen als der nun ausgewiesene Überschuss von CHF 56 Mio. Für die SP-Fraktion haben der Abschluss und die in den letzten vier Jahren betriebene Finanzpolitik trotzdem ein bisschen einen schalen Beigeschmack. Die bürgerliche Seite hat es nun positiv darzustellen versucht. Gleichzeitig wurde allerdings erwähnt, dass man schon wieder Korrekturen vornehmen musste. So etwa im Bereich des Personals, wo die Lohnkürzung rückgängig gemacht werden musste, oder beim Switzerland Innovation Park ([LRV 2019/255](#)), dessen Jahresbeitrag heute erhöht werden soll. Das sind Beispiele dafür, dass man es mit der Sparpolitik übertrieben hat. Die SP-Fraktion hat immer bemängelt, man gehe viel zu weit. Andere Sparbemühungen waren kontraproduktiv für die Zusammenarbeit gerade mit dem Kanton Basel-Stadt. Dies etwa im Bereich der Universität und der Kultur. Bei diesen Sparbemühungen wollte man unbedingt zugunsten des Kantons Basel-Landschaft so und so viel sparen. Nun hat man in der Abstimmung um die Fusion des Kantonsspitals Baselland mit dem Universitätsspital Basel die Retourkutsche dafür erhalten. Insgesamt hat sich die übertriebene Sparpolitik bereits jetzt in einigen Fällen kontraproduktiv ausgewirkt. Diverse Massnahmen, bei denen man es übertrieben hat, sind nun zu korrigieren. Saskia Schenker hat dies auch schon angekündigt. Die SP-Fraktion sieht deshalb den finanzpolitischen Umgang der letzten vier Jahre sehr kritisch.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) möchte nicht in die Rückschau einstimmen, sondern freut sich über den wirklich guten Abschluss. Wie Oskar Kämpfer gesagt hat, wäre dieser unter normalen Umständen – ohne Sonderfaktoren – deutlich über CHF 100 Mio. gelegen. Darauf lässt sich für die Zukunft aufbauen. Bezüglich Finanzmanagement ist festzustellen, dass alles, was Verwaltung und Kernverwaltung betrifft, gut unterwegs ist. Die Mechanismen und Kontrollen funktionieren, ebenso funktioniert die Führung – so, wie man es sich wünscht.

Nicht ganz so positiv sieht es beim Thema Beteiligungen aus. Der Votant wagt die Prognose, dass

in der nächsten Legislatur die Beteiligungen stärker in den Fokus rücken werden. Zuvorderst das Kantonsspital, das schon mehrfach Thema in den Jahresrechnungen des Kantons war. Man muss sich auf schwierige Entscheidungen einstellen, die unter Umständen unter Zeitdruck gefällt werden müssen und die Bilanz letztlich belasten werden. Es ist in der Tat unglücklich, dass der Jahresabschluss bewilligt werden muss, ohne dass die Bilanz des Kantonsspitals ein gültiges Testat vorweisen kann. Das sollte eigentlich nicht passieren.

Ähnlich unzufrieden muss man den Eigenkapitalnachweis der Universität sehen. Dort ist definitiv Spielraum für mehr und bessere Transparenz vorhanden. Es ist sehr zu hoffen und die Regierung wird sehr in ihrem Bemühen unterstützt, dass man diese Transparenz verbessert hinbekommt. Sie ist immer noch der beste Ratgeber, wenn es darum geht, Emotionen rauszunehmen. Denn es ist bekannt, dass die Universität zwischendurch eine ziemlich emotionale Angelegenheit zwischen den beiden Kantonen sein kann. Gleiches gilt für den unglücklichen Bau im Schällemätteli. Auch dort, so musste man gestern erfahren, werden zwischen CHF 30 und 50 Mio. Mehrkosten entstehen. All das ist nicht wirklich lustig für Erfolgsrechnung und Bilanz. Den Votanten nimmt wunder, welche Konsequenzen aus diesen Übungen gezogen werden. Gesamthaft sind die Grünen aber sehr zufrieden mit dem Abschluss, sie werden eintreten und zustimmen. Die Regierung sei dazu aufgerufen, sich den Beteiligungen anzunehmen, so dass die genannten Vorbehalte nicht mehr angebracht werden müssen.

**Simon Oberbeck** (CVP) sagt, dass auch die CVP/BDP-Fraktion der Jahresrechnung zustimme und eintrete. Einen herzlichen Dank gilt es auch an die Finanzdirektion auszusprechen, die den Turnaround geschafft hat und sich in den vier Jahren – bei harten Entscheiden – einen gewissen Handlungsspielraum erworben hat. Es braucht weiterhin einen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen, auch im Hinblick auf die neue Legislatur.

Man könnte meinen, so **Daniel Altermatt** (glp), dass es dem Kanton gutgehe. Wenn man aber genauer hinschaut, sieht man, dass er einen ziemlichen Finanzfehlbetrag mit sich schleppt, resultierend aus der guten Zusammenarbeit und den Vorjahren. Es ist richtig, dass der Turnaround einerseits dank Mehreinnahmen und andererseits aus Ausgabendisziplin geschafft wurde. Der Kanton hat noch einen grossen Vorteil: nämlich die 86 Hunde, die er prügeln kann. Auch dies lässt sich aus dem Bericht ersehen, zum Beispiel aus der Entwicklung der Ergänzungsleistungen, wo der Kanton von einem Jahr zum anderen, trotz steigenden Fällen, plötzlich etwa 15 Prozent netto respektive brutto fast CHF 10 Mio. gegenüber dem Vorjahr einsparen konnte. Diese 10 Millionen hat ja wohl kaum das Christkind übernommen, sondern wurden von den Gemeinden getragen. Entsprechend sehen auch die Budgets der Gemeinden aus... Trotz allem ist wichtig, dass sich der Kanton über die nächsten Jahre gesunden kann. Deshalb stimmen auch die Grünliberalen und Grün-Unabhängigen der Rechnung zu.

**Oskar Kämpfer** (SVP) möchte nicht unterlassen, aus dem Landratssaal abzutreten, ohne die politische Würdigung der Rechnung durch Urs Kaufmann zu kommentieren. Es ist zu hoffen, dass die Wähler diesem gut zugehört haben und seine Art, Bilanzen zu behandeln, entsprechend würdigen werden. Zum Glück konnte Klaus Kirchmayr einige der nach wie vor bestehenden Probleme relativieren und klarstellen, dass die Aussagen von Seiten SP über das unnötige Sparen in der Vergangenheit noch gar nicht wirklich zu Ende sind. Leider ist auch bei Klaus Kirchmayr eine kleine Korrektur anzubringen. Das fehlende Testat für das KSBL ist nicht so dramatisch; es ist nicht inhaltlich schlecht, sondern es handelt sich um formelle Mängel, die korrigiert werden.

Der Votant möchte nicht zu sehr in die Details der sehr komplexen Rechnung gehen, aber, politisch gesprochen, nochmals auf etwas hinweisen. Wenn man in den letzten vier Jahren nicht immer wieder Korrekturmassnahmen angebracht hätte, gäbe es heute keine politisch stabilen Zustände. Selbstverständlich soll man dann gewisse Korrekturen anbringen, wenn man sieht, dass sich das Portemonnaie wieder füllt. Dies gesteht die SVP nicht nur zu, sondern unterstützt es auch. Es war also keine falsche politische Massnahme, wie Urs Kaufmann das zu nennen pflegte, sondern ein Zeichen der Zeit. Einige Vorredner haben betont, dass derartige Massnahmen unter Umständen auch in Zukunft wieder angeschaut werden müssen. Die neue Zusammensetzung des Landrats lässt ihn da nicht nur Gutes erahnen. Deshalb ist es sicher richtig, wenn man die Worte



von Simon Oberbeck beherzigt, der gesagt hatte, dass verantwortungsbewusstes Handeln auch nachher angesagt ist. Das ist deutlich zu unterstützen. Der Votant bittet, auch in Zukunft gut zu den Staatsfinanzen zu schauen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) blickt zurück, als vor vier, fünf Jahren folgende Meinungen an ihn herangetragen wurden: erstens komme der Kanton nie mehr aus den roten Zahlen raus, zweitens hiess es, er komme wirtschaftlich nicht mehr vorwärts. Zusammen mit Klaus Kirchmayr freut er sich, die zweite schwarze Rechnung hintereinander präsentieren zu können. Man denke daran, was für Warnrufe, Drohungen und Meinungen er in den letzten Jahren immer wieder hören musste. Der Votant ist der Meinung, dass der Kanton konsolidiert ist. Man muss aber mit Vorsicht daran weiterarbeiten und in die Zukunft schauen. Selbstverständlich kann man darüber streiten, ob man den Turnaround nun über das Sparen oder über die Wirtschaft geschafft hat. Das ist lustig – er hat mit nichts anderem gerechnet. Zum Glück hat man beides gemacht. Es geht darum, dass der Kanton Steuergelder erhält, die verantwortungsbewusst und mit Augenmass ausgegeben werden müssen. Das war vielleicht vor 2013 nicht immer der Fall. Heute hat sich die Regierung dies zum Ziel gesetzt. Man wird diesen Kurs mit Blick auf die Kosten und die Ausgaben weiterverfolgen, mit Augenmass. Wer sagt, man habe zu viel gespart, irrt. Das Kostenwachstum konnte gedämpft werden. Dies bei einem nach wie vor bestehenden Wachstum der Kosten bei der Gesundheit, bei der Bildung und der sozialen Sicherheit. Summa summarum konnte der Kanton dennoch um CHF 278 Mio. entlastet werden, was zwingend notwendig war.

Weiter konnte man hören, der Wirtschaft gehe es schlecht, es gehe nicht vorwärts. Das stimmt nicht. Die Wirtschaft im Kanton prosperiert, man wird nach wie vor auf eine gute Wirtschaft bauen können. Man sollte die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen nicht unterschätzen, wenn sie «nur» 10 % ausmachen. Letztendlich werden dort die Einkommen generiert, die über die Einkommenssteuer wieder beim Kanton landen. Diese sind im ganzen Baselbiet erfreulicherweise gewachsen.

Zum ebenfalls angesprochenen Thema der Gemeinden ist zu sagen, dass die EL-Obergrenze notwendig wurde, weil die Kosten langsam aus dem Ruder liefen. Letztendlich wird dies auch im Sinne der Gemeinden sein, die übrigens intensiv mitberaten und mitbeschlossen haben, um das Wachstum in dem Bereich in den Griff zu bekommen. Eine EL-Obergrenze ist dafür wichtig. Eine Mär, die man immer wieder hört, hat mit der mangelnden Prosperität und Entwicklung des Kantons zu tun. Der Votant regt an, mal den Blick auf den Life Science-Cluster in Allschwil mit dem Tropeninstitut und dem Swiss Innovation Park zu richten. Hier entsteht eine ganz tolle Life Sciences-Region, in der für den Kanton Basel-Landschaft durchaus Chancen drin liegen. Man schaue auch nach Muttenz auf den Berufsbildungscluster, und als Drittes sei auf das Dreispitz-Areal in Münchenstein verwiesen. Einen wichtigen Teil der Uni – nämlich die Juristische und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät – konnte man ins Baselbiet an einen Top-Standort holen, der noch sehr viel Entwicklungspotential enthält. Wer also sagt, Baselland bleibe stehen, tut dies offenbar eher politisch motiviert. Objektiv betrachtet hat sich doch einiges getan.

Dies gilt z.B. auch für den Pfeffingerring in Aesch, den man zum Vollanschluss ausbauen möchte. Oder für das Altersleitbild, das entwickelt wurde. Oder die ganze Thematik der Sozialhilfe- und Armutsstrategie, an der man am Arbeiten ist. Wie gesagt – es ist einiges am Tun. Mit anderen Worten heisst das: Der Kanton ist gut aufgestellt. Der Votant freut sich auf die Zukunft. Man wird weitermachen, mit Augenmass und verantwortungsbewusst. Denn es sind Steuergelder, die ausgegeben werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 78:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

**Landratsbeschluss  
betreffend Jahresbericht 2018**

vom 27. Juni 2019

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Jahresbericht 2018 wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2018 wird Kenntnis genommen.
3. Von den Kreditübertragungen 2018 auf 2019 wird Kenntnis genommen.
4. Von der gesonderten Berichterstattung über die Kreditüberschreitungen wird Kenntnis genommen.

Nr. 2692

**17. Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2018 der Basellandschaftlichen Kantonalbank**

2019/317; Protokoll: mko

Kommissionspräsident **Peter Brodbeck** (SVP) fasst zusammen, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank das Jahr 2018 mit einem Gewinn von CHF 134,5 Mio. abschliesse. Geschäftsertrag und Geschäftserfolg sind leicht rückläufig, was hauptsächlich auf den rückläufigen Netto-Erfolg im Zinsgeschäft aufgrund des Negativ-Zinsumfelds zurückzuführen ist. Der Geschäftsaufwand liegt ebenfalls tiefer als im Vorjahr, dies insbesondere, weil im Vergleich zum Jahr 2017 die Sonderbelastung durch die Pensionskasse wegfiel. Das Eigenkapital wurde im Jahr 2018 um CHF 106 Mio. gestärkt. Der Eigenmitteldeckungsgrad betrug Ende Jahr 223,8 % und liegt damit deutlich über der vom Regulator geforderten untersten Schwelle von 165 % und sehr nahe an der langfristigen Zielgrösse des Kantons von 250 %. Die BLKB ist damit eine der bestkapitalisierten Banken Europas. Der Kanton Basel-Landschaft partizipiert am Erfolg der BLKB mit CHF 56 Mio. Die Abgeltung der Staatsgarantie beträgt CHF 4 Mio. Der Nettoertrag des Kantons beläuft sich demnach auf CHF 60 Mio. In den Vorjahren vergütete die Bank den Zinsaufwand für das Dotationskapital des Kantons mit je CHF 2,4 Mio. Die Verzinsung des Dotationskapitals entfällt aufgrund des geänderten Kantonalbankengesetzes seit 2018. Die Gewinn-Partizipation wurde entsprechend erhöht. Der Regierungsrat beantragt Kenntnisnahme des Geschäfts- und Nachhaltigkeitsberichts 2018 der BLKB inkl. Jahresrechnung.

Die Finanzkommission beriet die Vorlage am 8. und 15. Mai 2019 in Anwesenheit von Regierungsrat Anton Lauber, Finanzverwalter Tobias Beljean und Barbara Gafner, Vorsteherin der Finanzkontrolle. Der Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht wurde ihr am 8. Mai 2019 durch folgende Vertretung der BLKB vorgestellt: Thomas Schneider (Bankratspräsident), Dieter Völlmin (Bankratsmitglied, Vorsitzender Audit & Risk Committee), John Häfelfinger (CEO), sowie der gesamten Geschäftsleitung und weiteren Mitarbeitenden der Bank. Von Seiten der externen Revisionsstelle Ernst & Young waren am 8. Mai 2019 Roman Sandmeier, Leitender Prüfer, und Bruno Patusi, Mandatsleiter, zugegen.

Eintreten war in der Kommission unbestritten.

Anhand des Geschäftsberichts und der Ausführungen der Vertretung der BLKB konnte die Finanzkommission zur Kenntnis nehmen, dass die Bank in einem nach wie vor anspruchsvollen Umfeld im Quervergleich mit anderen Banken ganz gut dasteht. Davon zeugen auch die Auszeichnung als «beste Bank der Schweiz» im Rahmen einer Kundenumfrage von «Forbes» sowie die Anstrengungen der BLKB im Bereich der Aus- und Weiterbildung, die in dieser Hinsicht einzigartig sind

und ihren Anspruch unterstreichen, Qualitätsführer in der Region zu sein. Die Geschäftsentwicklung der BLKB im Jahr 2018 verlief positiv und der Kanton konnte erneut am Erfolg der Bank partizipieren. Die umfangreichen Fragen der Kommissionsmitglieder zum vergangenen Geschäftsjahr, zur aktuellen Situation, zur künftigen Ausrichtung und zum Umgang der Bank mit den Herausforderungen wurden kompetent und in aller Offenheit, aber auch unter Berücksichtigung des Bankgeheimnisses und der weiteren regulatorischen und rechtlichen Vorschriften, beantwortet. Kritisch angemerkt wurde aus der Kommission einzig, dass es in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in der Geschäftsleitung und im Bankrat zu erreichen.

Die BLKB gehört nach eigenen Angaben zu den profitabelsten und effizientesten Banken der Schweiz und zu den sichersten Banken Europas. Soweit die Kommission dies beurteilen kann, ist die BLKB gut aufgestellt und für die Bewältigung von Herausforderungen gerüstet. Im Namen der Kommission dankt der Votant dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden für die anspruchsvolle Arbeit und den nicht immer einfachen Einsatz und wünscht der Bank weiterhin ein erfreuliches Gedeihen. Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen Kenntnisnahme des Geschäfts- und Nachhaltigkeitsberichts 2018.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) stellt Antrag auf eine Eintretensdebatte.

://: Der Landrat lehnt den Antrag auf eine Eintretensdebatte mit 36:25 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab. Das Zweidrittelmehr wurde nicht erreicht.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beratung*

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) sieht sich genötigt, sein Votum halt jetzt zu halten. Es scheint ihm zu wichtig, als dass es auf der Seite gelassen werden könnte.

Die Basellandschaftliche Kantonalbank bringt dem Kanton regelmässig CHF 60 Mio. in die Kasse ein. Dafür gilt es zu danken. Die BLKB ist sehr gut kapitalisiert. CHF 2,4 Mrd. liegen cash auf ihrem Konto. Das Geld wird ihr vom Kanton und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Damit unterlegt sie ihre Dienstleistungen, damit arbeitet sie. 685 Mitarbeiter sind für die Bank tätig. Dies war in der Grüne/EVP-Fraktion genug Grund, sich vertieft mit der wichtigsten Beteiligung des Kantons zu befassen. Im Folgenden möchte der Votant das Bild, das der Finanzkommissionspräsident gezeichnet hat, leicht relativieren.

Eine Bemerkung zur Kapitalisierung und zum Risiko der Bank: Die BLKB ist tatsächlich eine der sichersten Banken. Bei der Kapitalisierung (Eigenmittel durch Bilanzsumme) nimmt sie im Vergleich mit 10 ähnlichen Banken schweizweit einen Spitzenplatz ein, den sie sogar steigern konnte. Etwas anders sieht es bei der Profitabilität aus. Seit 2009 blieb der Ertrag im Wesentlichen konstant, während die Kosten um etwa 20 % gestiegen sind. Höhere Investitionen sind die wichtigsten Gründe dafür. Konsequenterweise ist heute die Profitabilität der Kantonalbank im Vergleich also rund ein Fünftel tiefer als vor 10 Jahren. Im Vergleich mit anderen Banken muss man feststellen, dass die BLKB seit 2009 deutlich an Positionen verloren hat. Der Trend ist im Moment negativ – wenn auch weit davon entfernt, alarmierend zu sein. Allerdings gilt es festzustellen, dass sie im Vergleich mit anderen Banken (Kantonalbanken Aargau und Luzern, Migrosbank etc.) deutlich weniger gut wekommt. Auch bei der vielgerühmten Effizienz hat die BLKB ihren Spitzenplatz verloren und ist ins Mittelfeld abgerutscht.

Diese Fakten zeigen doch ein etwas differenziertes Bild. Die Ausgangslage, zusammengefasst: Die Situation der Bank erodiert etwas; die grossen Anstrengungen, die in der Tat unternommen werden, werden durch den Margenverfall und die steigenden Kosten leider mehr als aufgehoben. Hinzu kommen die für die Digitalisierung notwendigen Kosten. Es stellt sich allgemein die Frage, wohin die Reise mit der BLKB gehen soll. Bleibt sie eine lokale, auf die Nordwestschweiz begrenzte Bank mit einem engen Bezug zur Bevölkerung? Oder schafft sie es, im virtuellen nationalen Markt eine nachhaltige Position zu gewinnen? Und welche Rolle spielt die Bank im unausweichlich bald einsetzenden Konsolidierungsprozess, der auch die Kantonalbanken betreffen wird? Eine diesbezügliche Strategie, insbesondere aus Eigentümersicht, mit Antworten auf diese Fragen, ist

im Moment noch nicht erkennbar. Man ist zudem etwas irritiert, was die Beziehung der Bank zu ihrer Bevölkerung angeht. Es braucht dazu eine gewisse Klärung. In der Fraktion wurde sehr stark hinterfragt, was denn die Bevölkerung noch Spezielles an ihrer BLKB habe. Es werden reihenweise Schalter geschlossen. In grossen Gemeinden wie Pratteln, Birsfelden und Münchenstein findet die Laufkundschaft nur noch Automaten vor. In Oberwil musste der Gemeinderat einen Protestbrief schreiben, weil die Hälfte der Schalter geschlossen wurde. Petenten, die sich gegen diese Entwicklung wehren, werden eher abgewimmelt. Die Besucherzahlen an der Zertifikatsversammlung sind – davon kann sich jeder, der sie besucht, überzeugen – sichtbar gesunken. Und der Landrat und sogar die Finanzkommission erhalten auf die wirklich heissen Fragen, wenn es z.B. um das Filialkonzept geht, nur oberflächliche Antworten.

All das mag aus finanzieller und rechtlicher Sicht vielleicht zu begründen sein. Es tangiert aber auch den Wert der Bank. Solche Entwicklungen in der Beziehung zum Kunden sollten nicht geschehen, ohne dass der Eigentümer das bewusst in Kauf nimmt. Denn den eigentlichen Wert einer Bank macht die Beziehung zu ihren Kunden aus. Leider muss man sagen, dass solche Prozesse nicht reversibel sind und ein Stück weit ein Präjudiz schaffen – von einer für die Bevölkerung speziellen Bank (die sie immer war und noch ist) zu einer normalen Bank wie jede andere auch. Ebenfalls für Irritationen sorgte in der Fraktion, dass an der Zertifikatsversammlung der CEO über die Entbehrlichkeit des Kantons als Aktionär philosophiert hatte – dies offensichtlich ohne Wissen der Regierung. Speziell ist auch der Abgang von Knowhow-Trägern aus dem Bankrat, welche die Bedeutung der Sensibilität bezüglich der Bevölkerung sehr gut kennen. An allererster Stelle sei hier Dieter Völlmin, ehemaliger SVP-Präsident, genannt und verdankt, der langjährig das Risikokomitee geleitet hatte.

Aus all dem ergeben sich folgende Erwartungen an die Gesamtregierung: Die strategische Stossrichtung soll geklärt und kommuniziert werden. Dies hat nur indirekt etwas mit Rechtsfragen zu tun. Man möchte vielmehr wissen, wohin sich die Bank bewegt. Dies hat Einfluss auf Rechtsform, Staatsgarantie und Reservenbildungspolitik. Es handelt sich keineswegs um geschäftspolitische Fragen, sondern um hochpolitische. Wer sich interessiert, kann gern die Debatte, die vor drei Jahren im Kanton Aargau zu diesem Thema geführt wurde, nachverfolgen. Weiter erwartet man, dass keine weiteren strategischen Präjudizien geschaffen werden. Insbesondere das neue Filialkonzept sollte aus Sicht der Grüne/EVP-Fraktion auf den Prüfstand gestellt werden. Ein weiterer Abbau in der Beziehung zur Bevölkerung muss sorgfältig hinterfragt werden. Weiter möchte man einen besseren Einbezug des Landrats in diese Fragen, insbesondere was die Geschäftsplanung und das Bonussystem der Geschäftsleitung betrifft.

Der Kanton als Eigentümer ist jetzt, solange die Bank noch gut dasteht, in einer guten Position, die Weichen zu stellen. Er sollte das nicht verpassen, sondern es jetzt tun. Man sollte nicht warten, bis einen das Umfeld wie bei der Messe oder dem Spital zum Handeln zwingt. Es ist besser, die Regierung überlegt sich jetzt, welche Strategie sie mit der Bank fahren möchte. Wichtig ist, dass der Entscheid – wie auch immer er aussieht – bewusst gefällt wird, da er sehr grosse Auswirkungen auf die Kapitalisierung und das Abführen von Geld in die Kantonskasse hat.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) weist Klaus Kirchmayr darauf hin, dass er mit seiner Rede sehr viele Leute in diesem Saal verärgert hat; insbesondere jene, die mit Erfolg gegen eine Eintretensdebatte gestimmt haben. Aber auch jenen, die sie gewünscht haben, wird hier ein schlechter politischer Stil vorgeführt, wenn auf diese Weise ein Landratsbeschluss missbraucht wird. Es ist zu hoffen, dass dies keine Nachahmer findet. *[zustimmendes Klopfen]*

**Mirjam Würth** (SP) fragt sich, ob sie sich nun zur Vorlage äussern darf oder nicht.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) sagt, dass jene, die sich nun zu Wort melden, selber entscheiden müssen, ob sie denselben missbräuchlichen Weg einschlagen wollen oder nicht.

**Mirjam Würth** (SP) möchte darauf hinweisen, dass zuvor Saskia Schenker genau dasselbe gemacht hat. Man muss schon wissen, ob man das grundsätzlich möchte oder nicht.

**Oskar Kämpfer** (SVP) möchte die Diskussion gar nicht etwa entspannen, sondern ist derselben Meinung wie der Landratspräsident. In der kommissionsinternen Eintretensdebatte hatten sich die



meisten bereits klar geäussert. Ein solches Thema darf man nicht einfach so stehen lassen. Der Votant wird das aber mit wesentlich weniger Worten als Klaus Kirchmayr tun. Es ist ja auch fast vermessen, wenn sich ein Laie zu einer Bank äussert, nachdem dies bereits ein Banker getan hat. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass der Votant keine direkte Geschäftsbeziehung mit der BLKB hat. Dennoch möchte er Klaus Kirchmayr darauf hinweisen, dass es nichts nützt, wenn man sich zu einem Geschäft, das vor allem auf Vertrauen basiert, so äussert, wie er das getan hatte – denn dadurch wird es möglicherweise erst recht untergraben, und vom Vertrauen lebt die Bank. Weiter sprach Kirchmayr primär die Beziehung des Kantons zur Bank an. Es sei daran erinnert, dass in diesem Saal darüber diskutiert wurde, wie der Bankrat (das strategische Organ) zusammengesetzt sein soll. Genau dort müsste man ansetzen, wenn man den Einfluss der Politik geltend machen möchte. Denn die Zusammensetzung des Bankrats ist nicht mehr ganz so unabhängig, wie dies hier einst beschlossen wurde. Über die technischen Details wie die Zukunft der Digitalisierung und des Filialnetzes möchte sich der Votant nicht einmal im Ansatz auslassen, geht es doch um den strategischen Ansatz, wie man die Bank kontrollieren möchte. Der Votant hat auf jeden Fall vollstes Vertrauen in die Zukunft der BLKB und darauf, dass der jetzige CEO stark auf die Digitalisierung setzt. Das ist selbstverständlich ein Grund, weshalb die Ausgaben und Investitionen gestiegen sind und die kurzfristige Profitabilität abgenommen hat. Man kann die Zahlen nämlich über verschiedene Zeiträume hinweg anschauen: Über zwei Monate oder – eben – über vier Jahre.

Sollte **Saskia Schenker** (FDP) zuvor beim Jahresbericht einen Fehler gemacht haben, wird sie gerne daraus lernen und dies anschliessend mit dem Landratspräsidenten besprechen. Es war ihr einfach wichtig, zum Jahresbericht Stellung zu nehmen und ihn zu würdigen. Sie hätte darauf auch verzichten können.

Nun geht es aber um den Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht der BLKB. Die Votantin zeigt sich irritiert darüber, dass Klaus Kirchmayr stattdessen eine grosse Auslegeordnung mit diversen kritischen Bemerkungen über die BLKB vorgelegt hat. In der Finanzkommission werden jeweils die Berichte behandelt, die man als Eigner zu beurteilen hat. In dem Rahmen wird wesentlich mehr darüber diskutiert als hier. Es steht zudem auf der Agenda für die nächste Legislatur, dass in der Finanzkommission gewisse Eignerthemen hinterfragt werden. Es gibt verschiedene Beispiele, die schon heute Morgen anlässlich der Behandlung des Jahresberichts erwähnt wurden. Diese Debatte nun aber als Plattform für einen Rundumschlag zu nutzen, um in der Öffentlichkeit Themen zu setzen, ist nicht gut. Es ist auch gar nicht eingebettet in der Thematik, um die es hier geht. Solche von Klaus Kirchmayr angerissenen Themen gehören in die Finanzkommission, wo sie sauber aufbereitet werden können.

**Hanspeter Weibel** (SVP) hat sich auch gewundert, auf welche Weise hier Parlamentsbeschlüsse missachtet werden. Saskia Schenker sei aber zur Beruhigung und Mirjam Würth zur Aufdatierung gesagt, dass Berichte der Oeraufsichtskommission in diesem Saal diskutiert werden, ob sie nun einstimmig verabschiedet wurden oder nicht. Es handelt sich eben nicht um eine Regierungsvorlage, sondern um eine Berichterstattung. Saskia Schenker hat sich also gar nichts vorzuwerfen, sie hat sich – im Gegensatz zu anderen Leuten – absolut konform verhalten.

**Mirjam Würth** (SP) führt aus, dass die Bank wie gehört und erwartet ihre CHF 60 Mio. abwirft. Sie hat sich mit Auszeichnungen etc. gut aufgestellt und nimmt schweizweit eine gute Position ein. Die wichtigsten Kennzahlen stimmen. Sie ist mit einer grossen Dynamik unterwegs, geht strategische Partnerschaften ein und begibt sich dabei auf verschiedene Pfade. Ebenfalls sehr gut ist ihre Bildungsstrategie für die Angestellten.

Nun kommt ein Aber: Es waren nur die ausserordentlichen Erträge, die einen signifikanten Beitrag zu diesem guten Resultat geleistet haben. Nur Aufwertungen führten zu diesen Ablieferungen. Rückstellungen wurden zurückgefahren, Bewertungsgewinne eingebucht. Wie vorhin vom Präsidenten gehört hat die BLKB eine sehr uniforme, diversitätsarme Geschäftsleitung, um nicht zu sagen diversitätslos. Man könnte anders gesagt meinen, sie bestehe aus einer Bande von Brüdern. Frauen kommen keine vor. Strategische Partnerschaften werden ohne Rücksprache und relativ selbstherrlich eingegangen. Zu bemängeln ist auch, dass trotz steigender Nachfrage Filialen

geschlossen und durch Automaten ersetzt werden, während gleichzeitig in einem Nachbarkanton mit ziemlich viel Effort Filialen eröffnet werden. Als Oberaufsichtskommission müsste man eine Kontrolle ausüben können. Der Businessplan ist jedoch nicht einsehbar. Man weiss z.B. nicht, weshalb der CEO diesmal tatsächlich 10 % mehr Bonus erhalten hat als budgetiert. Er hat offensichtlich so wahnsinnig gut gearbeitet, dass dies dadurch gerechtfertigt wird. Ziemlich schräg kam der Votantin auch rein, dass man sich in Zusammenhang mit den wichtigen Strategien – Digitalisierung, regionales Wachsen, allgemeine Entwicklung – darüber mokiert hatte, was die Staatsgarantie überhaupt noch soll. Es soll nicht so sein, dass die operative Ebene die strategische einfach zum Nachziehen zwingt. Die SP-Fraktion beantragt mehrheitlich, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, sie ist aber durchaus kritisch und schliesst sich diesbezüglich Klaus Kirchmayr an.

Kommissionspräsident **Peter Brodbeck** (SVP) möchte auf die Worte von Klaus Kirchmayr und Mirjam Würth rekurrieren. Die Kommission hatte keine Hinweise darauf, dass man den vorliegenden Bericht nicht zur Kenntnis nehmen könne. Was in seinem Eintrittsvotum unerwähnt blieb, ist, dass auch die externe Revisionsstelle ganz eindeutig zum Schluss kommt, dass die Jahresrechnung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsvorschriften für Banken vermittelt werden und den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entsprechen. Mirjam Würth wies darauf hin, dass die Ablieferung nur dank ausserordentlicher Erträge stattfinden konnte. Auch hier ist zu entgegenen, dass in der Kommission diese Frage behandelt und sie der Bank gestellt wurde. Diese äusserte, dass es im Laufe der Jahre immer wieder zu ausserordentlichen Aufwendungen und Erträgen komme. Dies hänge auch damit zusammen, dass Beteiligungen je nach dem anders bewertet werden müssen. Dabei handelt es sich um einen ganz normalen Vorgang. Die Ablieferung an den Kanton habe in genau derselben Höhe erfolgen können und sei nicht auf ausserordentliche Erträge zurückzuführen.

Klaus Kirchmayr hat laut **Balz Stückelberger** (FDP) für alle überraschend lange und deutlich zum Bericht geredet. Zum besseren Verständnis seines Rundumschlages möchte er ihn anfragen, ob er in irgendeiner Form eine berufliche oder private Beziehung zu dieser Bank hat. Wenn dem so wäre, wäre sein Votum als sehr, sehr heikel zu erachten.

**Simon Oberbeck** (CVP) macht klar, dass es hier um den Geschäftsbericht der BLKB gehe. Es geht nicht um die Eigentümerstrategie. Dort aber wäre der richtige Ort, um die von Klaus Kirchmayr aufgeworfenen Fragen und Feststellungen anzubringen – man soll nicht im Rahmen des Jahresberichts eine Stammtischdiskussion führen und die ganze Bank auseinandernehmen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) wird versuchen, sich kurz zu fassen. Zum Ersten: Die BLKB ist eine hervorragende Bank. Punkt. Zum Zweiten: Die BLKB verdient das vollste Vertrauen. Punkt. Es ist zu hoffen, dass diese Botschaft heute mitgenommen wird. Der Eigentümer hat eine gewisse Verantwortung gegenüber seiner Bank und man sollte deshalb leicht vorsichtig mit all zu öffentlichen Diskussionen sein – denn wer macht schon sein eigenes Unternehmen schlecht? Es wurde vorher ein Effizienzproblem angesprochen. Der Votant kann das nicht akzeptieren. Die BLKB hat ein risikobewusstes Wachstum. Das ist ein Unterschied. Man kann natürlich immer auf Mehrerträge hinarbeiten. Der Massstab ist aber das Risiko – was übrigens auch im Kantonalbankengesetz festgehalten ist.

Bezüglich des Vertrauens der Bevölkerung ist die bereits erwähnte Umfrage von «Forbes» zu nennen, die die BLKB (nach einer schweizweiten Kundenbefragung) zur besten Bank der Schweiz erklärte. Auch eine Nachfrage des Verbands Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB) ergab, dass die BLKB die höchste Kundenzufriedenheit aller Kantonalbanken aufweist. Grundsätzlich ist die Ausgangslage also hervorragend.

Die Bank hat im Baselbiet eine Marktdurchdringung von 60 %. Sie erfüllt ihren Auftrag. Die Quote ist enorm – in Konkurrenz mit allen anderen Banken. Die Anzahl Kundinnen und Kunden beträgt 250'000, die Bank weist 800 qualifizierte Arbeitsplätze auf und fungiert als zentralster KMU-Finanzierer des Kantons.

Zu den Niederlassungen ist zu sagen, dass es Anpassungen im Filialsystem gab. Es gibt aber

nach wie vor 21 Niederlassungen im Kanton. Es ist nicht anzunehmen, dass es eine andere Bank mit mehr Niederlassungen gibt. Man kann also nicht behaupten, dass es sich um eine absolute Ausdünnung der Filialen handelt. In der BLKB nimmt man aber die Anliegen der Kundinnen und Kunden sehr ernst und man weiss, dass das Schliessen von Filialen nicht sehr sympathisch ist. Es gibt aber auch eine andere Realität. Fakt ist, dass es am Tag noch zwischen 15 und 20 Bargeldbezüge gibt. Dies stellt eine andere Effizienzfrage: Nämlich die, ob die Transaktionen ausreichen, um damit eine Filiale zu unterhalten. Das ist eine schwierige Abwägung. Eines ist aber sicher: In den letzten 5 Jahren sind die Bargeldbezüge um 30 % zurückgegangen. Das Kundenverhalten ändert sich also, und die Bank stellt sich entsprechend darauf ein.

Ist die BLKB eine sichere Bank? Der Votant ist froh, dass auch Klaus Kirchmayr zum Schluss kommt, dass dem so ist. Es ist zu hoffen, dass nirgendwo ein anderer Eindruck entstanden ist. Das wäre fatal. Das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben beträgt 47 % und ist hervorragend und gesamtschweizerisch top. Der Eigenmitteldeckungsgrad beträgt 223 % – viel mehr, als die Bankenregulatorien verlangen. Der Kanton verlangt 250 %. Die Kernkapitalquote beläuft sich auf 20,3 %. Auch Klaus Kirchmayr weiss, dass dies ein sehr hoher Wert ist. Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 8,1 %. All diese Kennzahlen sind für die Bank massgeblich.

Es ist aber richtig, dass immer wieder an der Thematik der Strategie und der Weiterentwicklung der Filialen sowie der Rechtsform gearbeitet wird. Die Eigentümerstrategie ist zusammen mit dem Bankengesetz eigentlich sehr gut. Bereits heute kann man im Ausland investieren, wenn das Risiko in Grenzen gehalten wird. Aktuell sind also die Digitalisierung und die künftige Entwicklung der Bank durch das bestehende Bankengesetz nicht wesentlich eingeschränkt. Der Bankrat setzt auch ständig strategische Ziele und kontrolliert sie mit der sogenannten Balanced Scorecard regelmässig. Dabei handelt es sich um ein sehr umfangreiches Papier. Die Bank lässt ihre Strategie zudem extern begleiten und «challengen», wie das kürzlich von Accenture getan wurde. Die Risikoberichte sind absolut umfassend und nehmen ständig zu. Was die BLKB ausmacht, ist die Sicherheit, ihre Qualität, die in der Bevölkerung stark geschätzt werden.

Die Staatsgarantie wurde angesprochen. Sie steht im Gesetz, was man in Zusammenhang mit dem EU-Rahmenabkommen hätte diskutieren können. Beim EU-Rahmenabkommen geht es um die Frage, ob die Staatsgarantie als staatliche Beihilfe gilt und ob sie, sollte es angenommen werden, nicht mehr erlaubt sein könnte. Dies lässt sich diskutieren, obwohl die Frage aktuell nicht im Raum steht. Man ist nämlich der Meinung, dass sich diese Frage erst dann stellt, wenn es um ein Finanzmarktabkommen geht. Dies wird zurzeit noch nicht diskutiert. Die Staatsgarantie ist aber heute ein wichtiger Träger für das Vertrauen in die Kantonbank. Aber selbst wenn man sie aus dem Gesetz streichen würde, ist davon auszugehen, dass man immer noch mit einer impliziten Staatsgarantie rechnen müsste, solange man als Kanton eine Bank hat.

Der Votant glaubt somit aufgezeigt zu haben, dass der Kanton von seiner Bank profitiert. Dies insbesondere in Form der Ausschüttungen in der Höhe von CHF 60 Mio. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlen etwa CHF 30 Mio. Steuern, während über CHF 10 Mio. an Aufträgen an den Kanton gehen. Somit lässt sich bilanzieren, dass die BLKB sehr gut aufgestellt ist, was nicht heisst, dass man nicht auch kritische Fragen stellen darf. Der Votant ist aber überzeugt, dass sich sowohl Bankrat als auch CEO und Geschäftsleitung den Aufgaben stellen, die heute in einem Zinsumfeld mit Negativzinsen tatsächlich schwierig sind – aber nicht nur für die BLKB, sondern für alle Banken. Für diese wird das Geschäft erst dann wieder einfacher werden, wenn die Negativ- oder Tiefzinsphase dereinst vorbei sein wird. Das zeichnet sich aktuell aber nicht ab.

Mit anderen Worten: Man darf stolz sein auf die BLKB.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 77:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2018 der BLKB zur Kenntnis genommen.

Nr. 2698

**18. Sammelvorlage von Motionen und Postulaten, die zur Abschreibung beantragt werden.**

2019/163; Protokoll: ama

Kommissionspräsident **Hanspeter Weibel** (SVP) erklärt, diese Vorlage betreffe Motionen und Postulate, welche zur Abschreibung beantragt werden und für welche die Frist noch nicht abgelaufen sei. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Landrat, die im Kommissionsbericht zur Abschreibung empfohlenen Vorstösse abzuschreiben.

– *Detailberatung*

Keine Wortbegehren.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 64:0 Stimmen beschliesst der Landrat, die von der GPK in ihrem Bericht unter Ziffer 2 zur Abschreibung empfohlenen Vorstösse abzuschreiben.

Damit werden die folgenden Vorstösse abgeschrieben: 2015/309, 2015/310, 2017/043, 2017/178.

---

Nr. 2699

**19. Sammelvorlage von Aufträgen, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind**

2019/164; Protokoll: ama, ps

Kommissionspräsident **Hanspeter Weibel** (SVP) erklärt, es gebe gesetzliche Fristen zur Bearbeitung von Vorstössen. Werden diese nicht eingehalten, muss eine Verlängerung durch den Landrat bewilligt werden. Immerhin hat sich die Anzahl der zu verlängernden Vorstösse halbiert. Bei einzelnen Vorstössen wird bereits zum wiederholten Mal eine Verlängerung beantragt.

Die hier diskutierte Sammelvorlage wird jeweils zu Beginn des Jahres vom Regierungsrat erstellt, von diesem dann zirka im März verabschiedet und schliesslich möglichst rasch von der GPK behandelt. Bis zur Beratung im Landrat kann es vorkommen, dass bei einzelnen Anträgen auf Fristverlängerung diese Frist bereits wieder abgelaufen ist. Dies führte in der Vergangenheit immer wieder zu Missverständnissen, daher wurden nun überall konkrete Daten festgeschrieben.

Hanspeter Weibel wird in der Folge nur Vorlagen erwähnen, bei welchen die GPK gegenüber dem Antrag des Regierungsrates eine abweichende Meinung vertritt.

*Zu Ziffer 3.1.1 des Kommissionsberichts:* Das Postulat 2016/281 wurde ein weiteres Mal nicht fristgerecht bis Ende 2018 beantwortet, daher wird nun eine sofortige Beantwortung (bis Ende Juni 2019) erwartet.

*Zu Ziffer 3.1.2 des Kommissionsberichts:* Die Motion 2016/138 kann inzwischen als erledigt betrachtet werden. Die Standesinitiative 2010/188 wurde überwiesen und ist damit erledigt.

*Zu Ziffer 3.2.1 des Kommissionsberichts:* Mit dem Vorgehen betreffend Postulat 2015/015 zeigt sich die GPK nicht einverstanden, denn es geht nicht primär um den genossenschaftlichen Wohnungsbau und der Vorstoss gehört daher nicht nachträglich in die Vorlage 2019/105. Es wird eine separate Behandlung und fristgereichte Beantwortung des Postulats erwartet.

*Zu Ziffer 3.2.2 des Kommissionsberichts:* Die Motion 2008/091 soll weiterbehandelt werden, die GPK erwartet eine Antwort bis Ende 2019.

*Zu Ziffer 3.3.1 des Kommissionsberichts:* Zum Postulat 2017/255 wurde inzwischen berichtet.

*Zu Ziffer 3.4.2 des Kommissionsberichts:* Zur Motion 2017/059 wurde zwischenzeitlich berichtet.

*Zu Ziffer 3.5.1 des Kommissionsberichts:* Das Postulat 2017/081 wurde mit LRB 2569 abgeschrieben. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Landrat, die von ihr unter Ziffer 2 zur Abschreibung empfohlenen Vorstösse abzuschreiben sowie von den Berichten zu den in Ziffer 3 auf-



geführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist zu deren Erfüllung um ein Jahr ab Fälligkeit des Vorstosses zu verlängern.

– *Detailberatung*

*Ziffer 2: Abzuschreibende Aufträge*

Keine Wortbegehren.

*Ziffer 2.1: FKD*

Keine Wortbegehren.

*Ziffer 2.3: BUD, 2.3.1: Postulate*

**Martin Rüegg** (SP) wehrt sich gegen die Abschreibung des Postulats 2014/431, welches damals ausser von der SVP von sämtlichen Fraktionen unterstützt worden war. Die Regierung begründet die beantragte Abschreibung des Postulats damit, dass die Bau- und Planungskommission via Präsentation der Tramnetzstudie informiert worden sei. Selbstverständlich kann die von Martin Rüegg verlangte Tramverbindung weder heute noch morgen oder übermorgen Realität werden, jedoch wurde mit dem Postulat nicht korrekt umgegangen. Es kann nicht sein, dass über eine Information an eine Kommission ein vom Landrat mit grossem Mehr überwiesenes Postulat abgeschrieben wird. Martin Rüegg fühlt sich so nicht ernst genommen und er bittet daher darum, sein Postulat noch stehen zu lassen. Das wichtige Arbeitsplatzgebiet Bachgraben in Allschwil soll möglichst bald mit einer Tramverbindung versorgt werden.

Kommissionspräsident **Hanspeter Weibel** (SVP) erklärt, die GPK kläre jeweils ab, ob ein Postulat in irgendeiner Form beantwortet wurde, unabhängig davon, ob der Postulent oder die Postulentin mit dem Inhalt der Antwort einverstanden ist.

**Felix Keller** (CVP) bringt Martin Rüeggs Anliegen Sympathie entgegen. Ein gewisser Druck für eine Tramverlängerung müsse aufrechterhalten werden. Felix Keller hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass eine Anbindung von Allschwil an die Nordtangente forciert wird. Gleichzeitig soll auch das Tram ausgebaut werden, denn eine gute Erschliessung des Bachgrabenareals ist dringender denn je.

**Oskar Kämpfer** (SVP) versteht sehr wohl, dass sich Martin Rüegg mit dem Vorgehen nicht einverstanden erklärt. Wie aber lautet sein Antrag? Soll das Postulat innerhalb des kommenden Jahres beantwortet werden?

**Andrea Heger** (EVP) informiert, Martin Rüeggs Antrag treffe in ihrer Fraktion auf Wohlwollen, jedoch stosse auch Oskar Kämpfers Argumentation auf offene Ohren.

**Martin Rüegg** (SP) bittet noch einmal darum, sein Anliegen zu unterstützen und das Postulat stehen zu lassen.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst an dieser Stelle alt Landratspräsident Jürg Degen auf der Zuschauertribüne des Landratssaals.

*://:* Mit 60:8 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2014/431 stehen gelassen.

*Ziffer 2.6: LKA/Gerichte/Geschäftsleitung Landrat*

Keine Wortbegehren.

*Ziffer 3: Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden*

*Ziffer 3.1: FKD, 3.1.1: Postulate*

**Reto Tschudin** (SVP) möchte nicht, dass sein Postulat 2016/281 im nächsten Jahr erneut in der Vorlage erscheint. Er bittet den Regierungsrat, die Frist bis 31.12.2019 einzuhalten.

*Ziffer 3.2: VGD, 3.2.2: Motionen*

**Andrea Heger** (EVP) verweist auf das Votum des Kommissionspräsidenten mit der Bitte, dass die Motion 2008/091 schneller bearbeitet werde. Die Fraktion Grüne/EVP sieht dies ebenfalls so, denn die Motion wurde vor elf Jahren eingereicht. Das Ganze hätte früher angegangen werden können. Der Druck soll aufrechterhalten werden, damit die Umsetzung schneller erfolgt.

*Ziffer 3.3: BUD, 3.3.2: Motionen*

**Oskar Kämpfer** (SVP) stellt den Antrag, die Frist bei der Motion 2016/100 auf den 16.06.2021 zu verlängern. Er meint, es werde noch länger dauern.

Kommissionspräsident **Hanspeter Weibel** (SVP) hat Verständnis für diesen Antrag. Im Vergleich zum Jahr 2040 erscheine 2021 direkt kurz. Aber es gibt für Verlängerungen gewisse Formalitäten, der Landrat kann nicht über die im Gesetz vorgesehenen Fristen hinausgehen. Ist die Frist abgelaufen, bedeutet dies nichts anderes, als dass der Vorstoss wieder auftaucht. Würde die Frist um fünf Jahre verlängert, was nicht möglich ist, würde das Postulat in der Versenkung verschwinden. So kommt es jedes Jahr wieder aufs Tapet.

**Oskar Kämpfer** (SVP) zieht seinen Antrag zurück.

*Ziffern 3.4: SID, 3.5: BKSD, 3.6: LKA/Kantonsgericht/Geschäftsleitung LR*

Keine Wortbegehren.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 69:0 Stimmen wird dem modifizierten Landratsbeschluss zugestimmt.

### **Landratsbeschluss**

***Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind***

*vom 27. Juni 2019*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

1. *die von der GPK unter Ziffer 2 zur Abschreibung empfohlenen Vorstösse (ausser Postulat 2014/431) abzuschreiben,*
2. *von den Berichten zu den in Ziffer 3 des GPK-Berichts aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist zu deren Erfüllung um ein Jahr ab Fälligkeit des Vorstosses zu verlängern.*

Damit werden die folgenden Vorstösse abgeschrieben:

2012/149, 2012/261, 2012/292, 2013/060, 2014/421, 2015/316, 2016/004, 2016/050.

Von den Berichten zu folgenden Aufträgen wird Kenntnis genommen und die Frist zu deren Erfüllung um ein Jahr ab Fälligkeit des Vorstosses verlängert:

2008/091, 2010/188, 2010/372, 2013/186, 2013/313, 2013/359, 2014/309, 2014/365, 2014/399, 2015/015, 2015/056, 2015/075, 2015/081, 2015/098, 2015/211, 2015/257, 2015/262, 2015/418, 2016/006, 2016/045, 2016/046, 2016/078, 2016/100, 2016/138, 2016/198, 2016/202, 2016/253, 2016/254, 2016/262, 2016/279, 2016/281, 2016/309, 2016/328, 2016/329, 2016/334, 2016/385, 2016/406, 2017/025, 2017/059, 2017/081, 2017/107, 2017/126, 2017/163, 2017/186, 2017/210, 2017/236, 2017/255.

Nr. 2691

**20. Ausgabenbewilligung für die Entrichtung von Betriebs- und Investitionsbeiträgen an den Switzerland Innovation Park Basel Area für die Periode 2019 bis 2025**

2019/255; Protokoll: mko

Für **Rahel Bänziger** (Grüne) ist dies heute ihr letzter Auftritt als Kommissionspräsidentin. Sie möchte es deshalb nicht verpassen, ihrer Kommission für die Mammutarbeit, die sie in den letzten vier Jahren geleistet hatte, zu danken. Im letzten Jahr hatte man bei der Sitzungsdauer sogar die Finanzkommission geschlagen. Es soll also niemand mehr sagen, die VGK sei eine kleine Kommission. Sie ist eine grosse Kommission, und gross war auch die Arbeit, die sie vor allem im Zusammenhang mit dem Geschäft der Spitalfusion geleistet hat.

Zur Vorlage: Der Switzerland Innovation Park Basel Area (kurz SIP Basel Area) ist einer der fünf Standorte der nationalen Initiative Switzerland Innovation. Diese Initiative will jungen privaten Unternehmen und Startups ein befruchtendes Forschungsumfeld bieten. Und dank einer guten Vernetzung mit Hochschulen und etablierten Unternehmen soll die Entwicklung marktfähiger Produkte gefördert werden. Der SIP funktioniert als eine Art grosser Brutkasten für heranwachsende Firmen im Bereich der Life Sciences. Im Frühjahr 2015 wurde an der Gewerbestrasse in Allschwil der Initialstandort SIP 1.0 in Betrieb genommen. Mittlerweile ist der SIP Basel Area in Betrieb, hat eine Vielzahl von Projekten und Startups hervorgebracht und sich als zentrales Element des regionalen Innovationssystems etabliert. SIP ist eine gemeinschaftliche Initiative der drei Kantone BL, BS und Jura mit der Handelskammer beider Basel sowie der Universität Basel. Sie hat vor allem zum Ziel, den Wissensaustausch zwischen Privatwirtschaft, Hochschulen und Forschungsinstitutionen ausserhalb der bestehenden Unternehmensstrukturen zu verstärken. Der volkswirtschaftliche Nutzen des SIP ergibt sich schliesslich in Form einer Belebung der Startup-Dynamik und der Innovationsfähigkeit, dem Zuzug neuer Unternehmen und dadurch steigender Wettbewerbsfähigkeit. Die Vorlage beinhaltet eine Ausgabenbewilligungen für die Entrichtung von Betriebsbeiträgen für 2019-25 in der Höhe von CHF 5,6 Mio. sowie Investitionsbeiträge für den Mieterausbau der neuen Infrastruktur von CHF 5,7 Mio. Es handelt sich hier um ein partnerschaftliches Geschäft mit den Kantonen Basel-Stadt und Jura. BS hat seinen Beitrag bereits gesprochen.

Zur Kommissionsberatung: Das Eintreten auf die Vorlage war unbestritten. Die Zustimmung zum SIP war durch alle Fraktionen hindurch gross. Mehrfach wurde jedoch die Höhe der verlangten Summe von 11,3 Mio. hervorgehoben. Damit verbunden ist die starke Hoffnung, den Life Science-Cluster langfristig zu stärken und zu fördern. Der SIP wurde als ein wesentlicher Beitrag dazu gewürdigt, da es dort schliesslich bereits zu einigen Ansiedlungserfolgen kam. Auch der Beitrag des SIP zur Innovationsförderung war in der Kommission klar anerkannt.

In der Detailberatung und Diskussion liess sich die Kommission vor allem informieren. Der SIP verteilt sich auf drei Standorte (BS, Allschwil und Delémont), mit Allschwil als Zentrum. Im Mittelpunkt stehen hier das «Departement of Biomedical Engineering» (Medizintechnologie) und sein

Flaggschiff, das Projekt «Miracle». Dieses Projekt beinhaltet die Entwicklung eines Mini-Roboters, der im Körperinnern mittels Lasertechnologie Gewebe und Knochen schneiden kann. Als besonders bedeutsam für das Gedeihen des SIP gilt das Accelerator-Projekt BaseLaunch. Hier wird weltweit nach interessanten Forschungsergebnissen oder Forschungsgruppen gefahndet mit dem Ziel, diese an den SIP zu locken und, falls Erfolg versprechend, hier definitiv anzusiedeln. Nach Auskunft der Verantwortlichen wurden bislang 23 Projekte unterstützt und CHF 80 Mio. Risikokapital akquiriert; daraus sind 15 Startups entstanden. Diese Zahlen geben einen Hinweis auf das von einem Kommissionsmitglied erfragte Wertschöpfungspotential des SIP. Laut Standortförderer ist eine Quantifizierung schwierig. Ein anderes Kommissionsmitglied fragte, wie der SIP mit einer allfälligen Kürzung der Kantonsbeiträge umgehen würde. In diesem Fall, so gaben die Vertreter von SIP und Kanton zu bedenken, würden sich die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen verschlechtern und Projekte könnten nicht realisiert werden.

Einige Fragen wurden zum Neubau gestellt. Die Firma Senn Resources als Bauherrin (St. Gallen) plant mit den Architekten Herzog & de Meuron die Erstellung eines grossen Innovationsgebäudes in der Grössenordnung von 40'000 m<sup>2</sup>. Die Bauherrin ist für die «Hülle» verantwortlich, während die Kantone in den Mieterausbau investieren.

Ein Kommissionsmitglied wunderte sich über die tiefen Investitionsbeiträge des Kantons Jura und fragte, worin der Nutzen der Integration der Jurassier bestehe. Bedeutsam sei hier, dass man via Jura Zugang zu Bundesmitteln erhält, wodurch sich Aktivitäten der gemeinsamen Innovationsförderung besser finanzieren lassen. Zudem sei Jura dank seiner Präzisionsindustrie ein interessanter Partner für Medizinaltechnik-Projekte. Die Statuten werden die gemeinsamen Zielsetzungen der Kantone festlegen: Gemeinsame Betreuung einer Forschungsplattform und deren Öffnung für privatwirtschaftliche Initiativen. Im Kanton BL wird dazu noch eine Eigentümerstrategie angestossen.

Die VGK beantragt dem Landrat einstimmig, mit 12:0 Stimmen, Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss mit den entsprechenden Betriebs- und Investitionsbeiträgen

*:::* Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

*:::* Mit 61:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

### **Landratsbeschluss**

#### **Ausgabenbewilligung für die Entrichtung von Betriebs- und Investitionsbeiträgen an den Switzerland Innovation Park Basel Area für die Periode 2019 bis 2025**

*vom 27. Juni 2019*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

- 1. Für die Betriebsbeiträge an den Switzerland Innovation Park Basel Area für die Periode 2019 bis 2025 wird eine neue einmalige Ausgabe von 5'600'000 Franken bewilligt.*
- 2. Als Investitionsbeitrag für den Mieterausbau des neuen Standorts des Switzerland Innovation Parks wird eine neue einmalige Ausgabe von 5'700'000 Franken bewilligt.*
- 3. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterstehen gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.*

Nr. 2700

**21. Ausgabenbewilligung Sanierung Schlammbehandlung (Etappe 2) und Erweiterung ARA Ergolz 1 mit einer Stufe zur Reduktion von Mikroverunreinigungen**

2019/319; Protokoll: ps

Kommissionspräsident **Franz Meyer** (CVP) führt aus, es gehe um die Schlammbehandlung und die Erweiterung der ARA Ergolz 1 mit einer Stufe zur Reduktion der Mikroverunreinigungen (MV-Stufe). Eintreten war in der Kommission unbestritten. Bei der Detailberatung zeigte sich, dass die Kommission einstimmig der Meinung war, das vorgestellte Sanierungs- und Erweiterungsprojekt sei notwendig und dringend. Zwei positive Aspekte sind speziell zu erwähnen: Mit der Sanierung erfolgt auf engem Raum ohne bauliche Massnahmen eine Verdoppelung des Faulvolumens. Zweitens ist die neue MV-Stufe mit einem Pulveraktivkohleverfahren ausgestattet. Das Verfahren wurde in der ARA Ergolz 1 vorgängig in einem Pilotversuch erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen; dies unter Mitwirkung und –finanzierung des Bundesamts für Umwelt, der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Die Verwaltung stellte in der Kommission den Antrag, dass zwei Submissionsverfahren vorgezogen werden können, um den sportlichen Terminplan einzuhalten: Zum einen die Submission für maschinelle Vorklärung und zum anderen für den Faulturm inklusive Maschinenteknik in Lichtbauweise. Die Kommission hiess den Antrag unter dem Vorbehalt gut, dass der Landrat die Ausgabenbewilligung heute auch spricht. Bezüglich der Kostengenauigkeit wurden seitens Verwaltung um 10 % höhere Kosten beantragt, dies analog zum Geschäft 2019/242 «Ergänzung und Sanierung Sekundarschulanlage Lärchen, Münchenstein; Ausgabenbewilligung (Realisierung)». Die Umweltschutz- und Energiekommission sprach sich einstimmig gegen dieses Vorgehen aus und reduzierte die Summe um 10 %, jedoch mit der Ergänzung von «± 10 % Kostengenauigkeit». Die Kommission beantragt dem Landrat einstimmig, mit 11:0 Stimmen, dem geänderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

*://:* Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

*://:* Mit 64:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

**Landratsbeschluss**

**betreffend Ausgabenbewilligung Sanierung Schlammbehandlung (Etappe 2) und Erweiterung ARA Ergolz 1 mit einer Stufe zur Reduktion von Mikroverunreinigungen**

vom 27. Juni 2019

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für die Sanierung Schlammbehandlung (Etappe 2) und Erweiterung ARA Ergolz 1 mit einer Stufe zur Reduktion von Mikroverunreinigungen ist eine neue einmalige Ausgabe von CHF 6'810'000.– +/- 10 % (exkl. MWSt) zu bewilligen.
2. Von der Beteiligung an der Abwasserreinigungsanlagen ARA Ergolz 1 des Bundes von voraussichtlich CHF 1'420'000.– und der Solothurner Gemeinde Wisen von voraussichtlich CHF 60'000.– wird Kenntnis genommen.

3. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt der fakultativen Volksabstimmung gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984.

Nr. 2701

**22. Schlussabrechnung Verpflichtungskredit (altes Recht / neues Recht: Ausgabenbewilligung) Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton / IA 700199 und 700697 bis 700715 / Kostenart -Nr. 5040 0 000 / Landratsvorlage 2010/317 und Beschluss 2011/2441**

2019/229; Protokoll: ps

Mit der Zustimmung zur Landratsvorlage 2010/317 habe der Landrat beschlossen, dass der Kanton Sekundarschulbauten und -anlagen von den Gemeinden übernehmen könne, erläuterte Kommissionspräsident **Peter Brodbeck** (SVP). Dafür wurde ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 195 Mio. gesprochen. Der Regierungsrat wurde ermächtigt, die Eigentumsübertragung mit den Gemeinden auszuhandeln und abzuschliessen. Mit vorliegender Landratsvorlage beantragt der Regierungsrat die Genehmigung der Schlussabrechnung zur Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton. Die Gesamtkosten betragen CHF 194'118'643.26 und die Minderkosten gegenüber dem bewilligten Kredit CHF 881'356.74. Eintreten war in der Kommission unbestritten, und bei der Detailberatung gab es keine Diskussionen. Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 12:0 Stimmen und einer Enthaltung, dem unveränderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 60:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

**Landratsbeschluss**

**betreffend Schlussabrechnung Verpflichtungskredit (altes Recht / neues Recht: Ausgabenbewilligung) Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton (IA 700199 und 700697 bis 700715 / Kostenart -Nr. 5040 0 000; Landratsvorlage 2010/317 und Beschluss 2011/2441)**

vom 27. Juni 2019

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Schlussabrechnung der Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton mit Gesamtkosten von netto CHF 194'118'643.26, mit Minderkosten von CHF 881'356.74 gegenüber dem bewilligten Kredit, wird zugestimmt.
2. Die Belastungen brutto über CHF 202'957'785.46, ohne Berücksichtigung der Verkaufserlöse und Abschreibungsverrechnung, werden zur Kenntnis genommen.
3. Der materielle Erfüllungsgrad des Projektes Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton beträgt 100 %.



4. Die dem Projekt zugehörigen Innenaufträge sind im Verzeichnis der Verpflichtungskredite (altes Recht / neues Recht: Ausgabenbewilligung) zu löschen.
- 

Nr. 2702

**23. Geschäftsbericht 2018 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK)**

2019/353; Protokoll: ps

Kommissionspräsident **Peter Brodbeck** (SVP) erklärt, das Jahr 2018 habe bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse ganz im Zeichen der Umsetzung der Massnahmen infolge der Senkung des technischen Zinssatzes von 3 auf 1,75 %, der schrittweisen Senkung des Umwandlungssatzes ab 2019 von 5,8 % auf 5 % bzw. 5,4 % gestanden. Bedingt durch die Verwerfungen auf den Finanzmärkten gegen Ende 2018 hat die Pensionskasse das bisher schlechteste Anlagejahr seit der Finanzkrise 2008 gehabt, mit einer Vermögensrendite von –2,2 %. Im Vorjahr betrug diese noch +8,2 %. Das Anlageergebnis wirkt sich zusammen mit der Senkung des technischen Zinssatzes entsprechend auf den konsolidierten Deckungsgrad der Pensionskasse aus. Dieser hat sich im Verlauf des Jahres 2018 von 107,1 auf 100,9 % gesenkt. Die negative Performance hat zusammen mit der Senkung des technischen Zinssatzes zur Folge, dass bei 36 Vorsorgewerken der Deckungsgrad von 100 % unterschritten wird. Die betroffenen Vorsorgewerke wurden entsprechend informiert. Diese werden in Zusammenarbeit mit der Pensionskasse Massnahmen besprechen und wenn nötig in die Wege leiten. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, den Geschäftsbericht 2018 zur Kenntnis zu nehmen. Die Finanzkommission beantragt das ebenso. Der Redner ist am Schluss seines Amtsjahrs als Präsident der Finanzkommission angelangt und dankt den Kommissionsmitgliedern herzlich für die engagierte Mitarbeit, auch wenn die Kommission bezüglich der Anzahl Sitzungen im Jahr 2018 möglicherweise von der VGK überflügelt wurde. Dies gilt jedoch nicht für die ganze Legislatur. Vor allem dankt der Redner Roman Klausner, der die Finanzkommission während dreieinhalb Jahren präsidiert hat, ebenso der Kommissionssekretärin Céline Rossé für die kompetente Unterstützung des Präsidiums und der Kommission.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 60:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Geschäftsbericht 2018 der Basellandschaftlichen Pensionskasse zur Kenntnis genommen.

---

Nr. 2693

**24. Fragestunde der Landratssitzung vom 27. Juni 2019**

2019/260; Protokoll: ama

**1. Christoph Buser: Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Basel Landschaft**

Keine Zusatzfragen.

**2. Rolf Richterich: KIGA**

**Rolf Richterich** (FDP) merkt im Sinne einer Zusatzfrage an, die Grundfrage: «*Wann zieht der Regierungsrat die Konsequenzen und sorgt im Kiga für Disziplin?*», sei nicht beantwortet worden.

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, im Sommer 2018 sei durch die VGD wegen vermuteter Amtsgeheimnisverletzung im KIGA eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft einge-

reicht worden. Damit wurde getan, was man tun konnte. Bei einem Amt von rund 150 Mitarbeitenden Disziplin im Sinne einer Kollektivstrafe durchzusetzen, wäre schwierig.

### 3. **Caroline Mall: Konkursverfahren der Rohner AG, Pratteln**

**Caroline Mall** (SVP) stellt eine Zusatzfrage zur Beantwortung der Frage 3.3, letzter Absatz: *Gedenkt die Regierung, die Allgemeinheit in dieser Sache weiter zu informieren?*

Antwort: Gemäss Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) wird die Öffentlichkeit auf dem Laufenden gehalten. Zwar wurde die Bilanz deponiert, diese muss vor einer Konkursöffnung jedoch zuerst noch geprüft werden. Heute ist noch unklar, wie lange dies dauern wird.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

---

Nr. 2703

### 25. **Bildungsqualität statt Abbau: Lageraufstockungen auf der Sekundarstufe I und II** 2017/377; Protokoll: ps

**Roman Brunner** (SP) dankt für die sorgfältige Beantwortung, die Aufarbeitung der Zahlen und gibt eine Erklärung ab: Dem Redner ist bewusst, dass dies viel Arbeit ausgelöst hat. Die Zahlen stellen eine wichtige Grundlage dar, um die Diskussion über die Schullager zu versachlichen. Der Redner appelliert an das Amt für Volksschulen, die Kommunikation dahingehend zu verbessern, dass Lehrpersonen wissen, dass Lager finanziert werden, wenn sie solche durchführen wollen und können.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---

Nr. 2704

### 26. **Wald als ausserschulischer Lernort** 2018/837; Protokoll: ps

**Andrea Kaufmann** (FDP) dankt für die ausführliche Beantwortung; diese sei nachvollziehbar.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) verlangt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) hat zwei Zusatzfragen. Zu Seite 4 der Landratsvorlage: Die Schulleitungen nehmen eine beratende Funktion gegenüber den Lehrpersonen wahr. Die Rednerin hat dies bisher nicht so erlebt, zumindest nicht auf der Sekundarstufe I. Welche Funktion soll die Schulleitung übernehmen?

Die Nachfrage von Besuchen im Wald sei stark gestiegen, steht in der Antwort. Reicht das Budget von CHF 15'000.– oder müsste eine Budgeterhöhung beantragt werden, damit die hohe Nachfrage befriedigt werden kann?

**Anita Biedert** (SVP) erläutert, die Schulleitungen auf Primarstufe machten die Lehrer auf die verschiedenen Angebote aufmerksam. Beispielsweise werden Weiterbildungskurse angeboten. Es gibt viele Möglichkeiten. Im Schulprogramm sollte die fächerübergreifende Zusammenarbeit auch erwähnt werden. Das Amt für Wald finanziert zudem alle vier Jahre für 100 Schulklassen Spezialprogramme für die Waldtage. Zusätzlich finanziert das Amt für Wald Waldprojekte. Auch Förster



und Jäger stehen den Lehrern zur Verfügung und wollen nicht dafür bezahlt werden. Die CHF 15'000.– reichen vollauf. Auf Sekundarstufe stehen für Exkursionen zudem CHF 30.– pro Schülerin und Schüler zur Verfügung. Das wird nicht ausgeschöpft. Solange das Budget nicht ausgeschöpft ist, muss nicht über weitere Massnahmen finanzieller Art diskutiert werden.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) hat dies der Antwort entnehmen können. Die CHF 15'000.– kommen vom Naturforum Regio Basel und sind für 20 Schulklassen gedacht. Die Nachfrage ist gestiegen. Was ist, wenn der Betrag von CHF 15'000.– nicht ausreicht? Gibt es Möglichkeiten, diesen zu erhöhen?

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) kann nicht beantworten, ob die CHF 15'000.– ausgeschöpft werden. Dieses Budget wird durch das Amt für Wald verwaltet; die VGD muss dies beantworten. – Der Antwort auf die andere Frage hat die Rednerin nichts beizufügen.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---

Nr. 2705

**27. Integration statt Ausgrenzung: Lehrkräfte mit Migrationshintergrund sind Vorbilder und Identifikationsfiguren für zugezogene Kinder und Jugendliche**

2017/564; Protokoll: ps

**Bianca Maag** (SP) dankt für die ausführliche Beantwortung und gibt eine Erklärung ab: Es ist erfreulich, dass auch der Regierungsrat anerkennt, dass Lehrpersonen mit Migrationshintergrund oft einen besseren Zugang zu den Migrationsfamilien und eine Vorbildfunktion haben können. Der Regierungsrat sieht von Fördermassnahmen für junge Migrantinnen und Migranten ab, die in den Lehrerberuf wechseln möchten, was schade ist. Heute konnte den Medien entnommen werden, dass es einen Mangel an Lehrpersonen gibt. Ein Zugang über die Berufsmaturität würde auch einiges vereinfachen.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---

Nr. 2706

**28. Wasser-Strategie des Kantons Basel-Landschaft?**

2018/949; Protokoll: ps

**Florence Brenzikofer** (Grüne) beantragt die Diskussion

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) dankt für die umfangreiche Antwort, die von verschiedenen Dienststellen verfasst werden musste. Aktuell ist es draussen wieder sehr trocken. Letztes Jahr gab es keine kantonalen Empfehlungen und Weisungen, sondern nur von Gemeinden. Die Rednerin macht die Erfahrung, dass kleine Gemeinden froh sind, wenn es Weisungen seitens Kantons gibt. Letztes Jahr hat eine Gemeinde so, eine andere anders entschieden. Könnte der Krisenstab sich vorstellen, klare Weisungen als Kanton herauszugeben, wie es das letztes Jahr bezüglich des Feuerwerks gegeben hat?

Auf Seite 7 der Interpellationsantwort ist die Rede von einer Gesamtschau. Der Bund hat zur Erhaltung der Biodiversität einen Aktionsplan herausgegeben und die Rednerin vermisst bei der Beantwortung der Frage 3 eine Strategie zur Biodiversität. Diese wird mit keinem Wort erwähnt. Wieso nicht?

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) sagt, es sei lageabhängig, ob es eine Information der Gemeinden durch den Krisenstab gebe. Würde es prekär, würde die Kommunikation über den Krisenstab laufen. Dies muss situativ entschieden werden, genau wie letztes Jahr, als entschieden wurde, dass die Gemeinden und nicht der Kanton dies tun. – Die Frage zur Biodiversität kann die Rednerin nicht beantworten.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---

Nr. 2694

**51. Tablets-Beschaffung für Schulen mit Gemeinden**  
 2019/155

://: Das Traktandum ist abgesetzt.

---

Nr. 2697

**52. Patiententransporte – eine wichtige Leistung finanzieren**  
 2019/109; Protokoll: ama

Gemäss Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) ist die Regierung bereit, diesen Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Pia Fankhauser** (SP) bedankt sich herzlich dafür, dass ihr Anliegen in ihrer letzten Landratssitzung noch behandelt wird. In ihrem Vorstoss geht es um die einfachen medizinischen Krankentransporte. Als Beispiel nennt sie einen Kessel, welcher für den Wassertransport benötigt wird. Plötzlich hat dieser Kessel ein Loch und verliert ständig etwas Wasser. Nun bieten sich verschiedene Lösungen an: Der Kessel könnte geflickt werden, was der vorliegenden Motion entsprechen würde. Man könnte sich aber auch überlegen, ob der Kessel grundsätzlich geeignet ist, Wasser zu transportieren. Dieser Ansatz würde einem Postulat entsprechen. Pia Fankhauser und Georges Thüring möchten an einer Motion festhalten.

Pia Fankhauser hat letzten Dezember ein Budgetpostulat zu den Krankentransporten eingereicht und damals hiess es, gesetzliche Grundlagen für ihr Anliegen würden fehlen. Diese Antwort akzeptierte sie, reichte nun aber gemeinsam mit Georges Thüring die vorliegende Motion ein. Mit einer Überweisung als Postulat wäre der Kessel nicht geflickt und man würde weiterhin Wasser verlieren. Pia Fankhauser bittet daher, die Motion zu überweisen, welche eine gesetzliche Grundlage zur möglichen Finanzierung von medizinischen ambulanten Patiententransporten durch den Kanton verlangt. Zwar schätzt Pia Fankhauser die Tatsache, dass die Regierung ihren Vorstoss als Postulat entgegen nehmen will, dieses Vorgehen stellt aber keine taugliche Massnahme gegen den Wasserverlust dar. Die Motion stellt im Übrigen auch keine Gefahr für den Staatshaushalt dar, sie soll einzig die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit Krankentransporte gemäss Staatsbeitragsgesetz finanziert werden können.

**Georges Thüring** (SVP) möchte die Worte seiner Vorrednerin nicht wiederholen. Seit rund 15 Jahren gehört er der IVB-Geschäftsführung an, welche Patiententransporte vornimmt. Es sind gegen 80 Fahrzeuge im Einsatz, jedoch besteht seit rund einem halben Jahr die Gefahr, dass die IVB ihre Bilanz deponieren muss. Macht dies wirklich Sinn oder wäre es nicht wichtig, dass der Landrat gegenüber denjenigen Menschen, welche auf Patiententransporte angewiesen sind, eine Geste tut? Eine Überweisung der vorliegenden Motion würde Georges Thüring als Geschenk für die betroffenen Menschen erachten.

**Peter Brodbeck** (SVP) erklärt, seine Partei bringe dem Vorstoss sehr viele Sympathien entgegen. Zurzeit fehlt aber noch das Preisschild, daher sollte die Regierung die heutige Situation erst einmal analysieren und anschliessend Lösungen vorschlagen, von welchen auch der Preis bekannt ist. Auch wenn die Motionärin betont, es gehe nur um eine gesetzliche Grundlage, heisst es im Vorstoss auch: «Um unnötige stationäre Aufenthalte aus Kostengründen zu verhindern, sollte eine kantonale Grundfinanzierung dieser wichtigen Leistung stattfinden.» Einer solchen Finanzierung kann die SVP-Fraktion nur dann zustimmen, wenn die Kosten geklärt sind. Die SVP-Fraktion wird einer Überweisung des Vorstosses als Postulat zustimmen.

**Sven Inäbnit** (FDP) erachtet es als geschickten taktischen Schachzug, angesichts des heutigen, heissen Wetters von einem Kessel mit Wasser zu sprechen. In einer ersten Stufe müsste aber das Preisschild für das Anliegen geklärt werden, weshalb ein Postulat Sinn macht. Beantwortet werden muss die Frage, wie teuer das Wasser ist, welches in den Kessel gegossen wird, dies im Gegensatz zum Flickern des Kessels.

**Regina Werthmüller** (parteilos) informiert, auch die Fraktion der GLP/GU wolle das gut nachvollziehbare Anliegen nur in Form eines Postulats unterstützen. Das Preisschild für die geforderten Leistungen müsse klar sein.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) berichtet, die CVP/BDP-Fraktion stehe dem Anliegen positiv gegenüber, aber die vom Regierungsrat in seiner Antwort genannten Punkte müssten erst geklärt werden. Es wird daher ein Postulat unterstützt. Im Sinne der Patientinnen und Patienten hofft sie auf eine rasche Antwort.

**Rahel Bänziger** (Grüne) ist der Ansicht, es müsse zuerst die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um später die Frage nach dem Preisschild zu klären. Grossmehrheitlich werden die Grünen daher der Überweisung des Vorstosses als Motion zustimmen. Momentan ist die Frage der Patiententransporte nur für Personen geregelt, welche Ergänzungsleistungen beziehen. Braucht jemand eine Dialyse, bezieht diese Person nicht automatisch auch Ergänzungsleistungen. Es leuchtet im Übrigen ein, dass eine ambulante Behandlung, verbunden mit den entsprechenden Fahrten, billiger kommt als eine stationäre.

**Peter Brodbeck** (SVP) meint, für neue Lösungen brauche es auch Sicherheiten. Als Vergleich: Über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden jährlich rund CHF 863 000 nur für Vorhalteleistungen im Rettungswesen erbracht.

**Rolf Richterich** (FDP) bezeichnet den Landrat als mutlos. Sämtliche Fraktionen sind dem Anliegen gegenüber positiv gestimmt, verkennen jedoch die politischen Instrumente. Auch aus einer Motion kann ein Bericht ohne Gesetzesanpassung erwachsen. Ein Postulat wäre eine unnötige Schlaufe, daher soll der Vorstoss als Motion überwiesen werden.

**Georges Thüring** (SVP) dankt Rolf Richterich für dessen Votum. Er wolle hier nicht als Bittsteller auftreten. Die IVB habe alles versucht, um selbständig zu überleben und mehr Aufträge zu erhalten. Wird die IVB fallen gelassen, fehlen 80 Fahrzeuge, welche heute täglich Patientinnen und Patienten transportieren.

**Pia Fankhauser** (SP) freut sich über die Unterstützung ihres Anliegens auch von bürgerlicher Seite. Schon heute finden die hier diskutierten Patiententransporte statt, sie sind jedoch aufgrund der Tarifgestaltung nicht voll abgedeckt. Aus diesem Grund ist die IVB auf Spenden angewiesen, denn ein kostendeckender Betrieb ist nicht möglich. Pia Fankhauser sieht kein Risiko darin, ihr Anliegen als Motion zu überweisen, denn es geht nur darum, eine Regelung auszuarbeiten. Der entsprechende Bericht werde dann ein Preisschild enthalten und das Parlament könne entscheiden, ob das entsprechende Geld ausgeben soll. Ein Postulat ist nicht zielführend.

**Oskar Kämpfer** (SVP) findet es schade, dass die Überweisung als Postulat von der Motionärin ausgeschlossen werde. Das Parlament hat den Steuerzahlenden gegenüber eine Verantwortung.

Es beschloss, keine freiwilligen Fahrerinnen und Fahrer mehr einzusetzen und eine Professionalisierung der Patiententransporte anzustreben. Dieser Entscheid brachte klar Mehrkosten mit sich. Es ist richtig, wenn der Regierungsrat sich nun erneut mit dem Thema auseinandersetzt, der Preis für eine allfällige Praxisänderung muss aber klar sein.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) bezieht sich auf die Stellungnahme der Regierung, wonach § 71 Absatz 1 Gesundheitsgesetz eine, wenn auch sehr allgemein gefasste Rechtsgrundlage für Beiträge an Transportunternehmen bieten würde. Die Motion verlangt aber nicht einen Bericht, sondern dass im Gesundheitsgesetz der Bereich der medizinischen ambulanten Patiententransporte zu regeln sei, also eine Gesetzesrevision. Nach der Überweisung einer Motion hat der Regierungsrat zwei Jahre Zeit, die entsprechende Gesetzesrevision vorzulegen, also wird es drei bis vier Jahre dauern, bis das Thema geregelt wäre. Heute jedoch besteht bereits eine gesetzliche Grundlage und der Bericht zu einem Postulat muss innert eines Jahres vorliegen. Dieser Weg erscheint Thomas Weber daher sinnvoll.

://: Mit 56:19 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion überwiesen.

---

Nr. 2695

**58. Velo-Offensive BL: Rechtsabbiegen bei Rot für Velos**  
2019/146

://: Das Traktandum ist abgesetzt.

---

Nr. 2696

**59. Velo-Offensive BL: Sicherheit für Velofahrerinnen und Velofahrer im Kreisverkehr verbessern**  
2019/147

://: Das Traktandum ist abgesetzt.

---

Nr. 2707

**67. Verabschiedungen**  
2019/453; Protokoll: pw, ble

– *Verabschiedungen aus dem Landrat*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst auf der Tribüne unter anderen Alt-Landratspräsident Jürg Degen und Nationalrätin Sandra Sollberger.

Insgesamt werden 27 Ratsmitglieder verabschiedet. Jedes dieser Mitglieder verdient es, gebührend verabschiedet zu werden. Deshalb darf die Verabschiedung auch etwas Zeit in Anspruch nehmen.

Daniel Altermatt wurde am 10. Januar 2013 als Nachrückender für Stephan Nigg als Landrat der Grünliberalen angelobt und 2015 wiedergewählt. Von 2015 bis 2017 war er Fraktionspräsident der glp/GU-Fraktion und damit auch Geschäftsleitungsmitglied. Daniel hat in der Umweltschutz- und Energiekommission und in der IGPK Uni mitgewirkt, früher auch in der Petitionskommission und in der letzten Findungskommission Landschreiberin. Daniel hat 13 Vorstösse eingereicht, unter ande-

rem ein erfolgreiches Verfahrenspostulat, dank dem nun auch bei einstimmigen Kommissionsanträgen eine Eintretensdebatte beantragt werden kann. Daniel ist ein sozial-liberaler, aber auch unternehmerisch denkender Geist. Seine scharfsinnigen Voten werden allen in Erinnerung bleiben. Sein politisches Engagement führt er jetzt auf Gemeindeebene weiter, daneben geniesst er seinen Ruhestand und die neu gewonnene Freizeit mit der Familie inklusive Enkelkindern. Der Redner dankt Daniel Altermatt für sein Engagement für den Kanton und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Claudia Brodbeck wurde am 31. Mai 2018 als Nachrückende für Christine Gorrengourt als CVP-Landrätin angelobt. In diesem guten Jahr ihrer Ratszugehörigkeit wirkte sie in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission mit. Sowohl im Rat als auch in der Kommission hat sie sich rasch eingelebt. Claudia hat zwei Vorstösse eingereicht, bei denen es im weitesten Sinne ums Thema «Familie» gegangen ist. Zudem hat sie sich als Vertreterin des Bauernstands auch sehr kompetent für Anliegen aus der Landwirtschaft eingesetzt (Stichwort «Glyphosat»), und bei der Raumplanung hat sie vehement die Interessen von Biel-Benken vertreten. Nun heisst es Adieu-Sagen, aber vielleicht mietet ja einmal jemand ihren Festraum «Mühli-Chäller» und trifft sie so wieder. Der Redner dankt Claudia Brodbeck für ihr Engagement und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Beatrix Bürgin wurde 2015 für die SVP in den Landrat gewählt. Sie hat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission angehört. Sie ist die Urheberin eines Vorstosses gewesen, einer Interpellation zu Informatik-Fragen. Beatrix Bürgin ist im Rat als ruhige Schafferin wahrgenommen worden. Dabei hat sie sich in den Diskussionen sehr anständig verhalten und trotzdem eine klare Haltung vertreten. Der Redner dankt Beatrix Bürgin für ihr Engagement und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Christoph Buser wurde am 2. Juli 2007 an der legendären Openair-Regensitzung in Augusta Raurica als FDP-Landrat angelobt. Er wirkte zwölf Jahre lang in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission mit und war in den letzten achteinhalb Jahren auch Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission gewesen, zudem setzte er sich in der Spezialkommission Wahl Stellvertretung Ombudsman ein. Christoph hat 77 Vorstösse eingereicht, viele zu Wirtschafts-, Steuer- und Verkehrsfragen. Als ehemaliger Spitzensportler spielte er auch längere Zeit beim FC Landrat mit. Schade, verletzte sich Christoph Buser ausgerechnet beim einzigen Unihockey-Spiel – derjenigen Sportart, bei welcher er der Nationalmannschaft angehört hatte – so stark, dass die Fussballkarriere beim FC Landrat abgebrochen werden musste. Als Direktor der Wirtschaftskammer ist Christoph oft im Fokus der Medien gestanden. Er konnte austeilen, aber auch einstecken. Christoph Buser ist ein klassischer «Strippenzieher» – im positiven Sinne. Er konnte über alle Parteien- und Fraktionsgrenzen hinweg verhandeln. In energiepolitischen Fragen hat er so viel erreicht und es konnten, wahrscheinlich nicht zuletzt dank ihm, Mehrheiten geschaffen werden. Auch als Sozialpartner ist Christoph Buser ein verlässlicher Ansprechpartner. Auch wenn er nun nicht mehr Landrat bleibt, wird er sicher in der Baselpolitiik präsent bleiben. Der Redner dankt Christoph Buser für sein Engagement. *[Applaus]*

Pia Fankhauser wurde am 12. Januar 2006 als Nachrückende für Sabine Stöcklin als SP-Landrätin angelobt. Sie war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, der Personalkommission und der IGPK UKBB. Davor gehörte sie auch achteinhalb Jahre lang – in zwei Etappen – der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an. Sie ist auch Co-Präsidentin der Parlamentarischen Gruppe Gemeinnützige Institutionen beider Basel. Von den 50 Vorstössen, die sie eingereicht hat, gehören viele in den Gesundheitsbereich. Auch sie hat beim sportlichen Einsatz für den Landrat schon Opfer gebracht: Beim Parlamentarier-Fussballturnier in Brig wurde ihr Kiefer so in Mitleidenschaft gezogen, dass sie eine Weile nur noch Flüssignahrung zu sich nehmen konnte. Pia Fankhauser ist eine allseits respektierte Politikerin, die oft zur Raison gerufen und die Wellen geglättet hat. Ihr sind die Schwächsten der Gesellschaft ein wichtiges Anliegen – und zudem hat sie sich als so etwas wie das Gedächtnis der SP-Fraktion erwiesen. Der Redner dankt Pia Fankhauser für ihr Engagement, den Einsatz für den Kanton und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*



Christoph Häring wurde 2015 für die SVP in den Landrat gewählt. Anfangs wirkte er ein gutes Jahr in der Umweltschutz- und Energiekommission mit, seit Herbst 2015 sass er in der Bau- und Planungskommission. Seine zwei Vorstösse drehten sich um die Wirtschaftsoffensive und die Energieeffizienz. Christoph Häring ist mit Herzblut Unternehmer, und das erst noch erfolgreich. Er hat auf der ganzen Welt viel Lebenserfahrung gesammelt, was ihm hilft, gewisse Dinge gelassen zu nehmen – nicht so aber in der Politik: Da geht ihm immer wieder einiges viel zu langsam. Der Redner dankt Christoph Häring für sein Engagement und wünscht ihm alles Gute sowie Gesundheit für die Zukunft. *[Applaus]*

Matthias Häuptli wurde ebenfalls 2015 in den Landrat gewählt. Als Vertreter der Grünliberalen war er seither Mitglied der Bau- und Planungskommission. Seine fünf Vorstösse waren thematisch breit gefächert, von Strafvollzug über Denkmalschutz bis zu Parkplätzen. Seine Voten im Rat waren einerseits bedacht, andererseits auch gewollt provokativ. Wenn er sich beim Reden am Pult festgehalten hat, hat jeweils die ganze Reihe gebebt. Ungereimtheiten sind ihm ein Gräuel, er hat den Dinger immer auf den Grund gehen wollen. Landratspräsident Hannes Schweizer dankt Matthias Häuptli für sein Engagement und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Paul R. Hofer, der sich für den Nachmittag entschuldigen musste, wurde am 2. Oktober 2014 als Nachrückender für Werner Rufi als FDP-Landrat angelobt und 2015 wiedergewählt. In der laufenden Legislatur hat er in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission mitgewirkt, vorher war er auch knapp vier Jahre lang in der Justiz- und Sicherheitskommission. Seine vier Vorstösse drehten sich alle um Bildungsfragen. Neben dem Landratsmandat hat er die kantonale Politik natürlich auch als Parteipräsident der FDP geprägt. Im Landrat fiel er mit knappen, aber pointierten Voten auf. Seine politische Haltung äusserte er häufig elegant in Form von Fragen, die er, gekonnt verpackt, an die zuständigen Regierungsmitglieder richtete. Der Redner dankt Paul Hofer für sein Engagement und wünscht ihm alles Gute die Zukunft. *[Applaus]*

Priska Jaberg wurde am 30. August 2018 als Nachrückende für Elisabeth Augstburger als EVP-Landrätin angelobt. In diesem knappen Jahr war sie Mitglied der Petitionskommission und der Oberrheinrats-Kommission für Landwirtschaft/Umwelt/Klima/Energie. Sie hat zur Rats-Effizienz beigetragen, indem sie auf das Einreichen von Vorstössen verzichtet hat. Die Einsätze mit ihrem Therapiehund kann Priska Jaberg in Zukunft mehr wahrnehmen und damit viele Menschen im Altersheim, im Spital und an anderen Orten erfreuen. Ausserdem will Priska ihr Enkelkind mehr betreuen. Der Redner dankt Priska Jaberg für ihr zwar kurzes, aber sehr tolles Engagement im Landrat. *[Applaus]*

Oskar Kämpfer wurde am 28. Januar 2010 als Nachrückender für Hanspeter Ryser als SVP-Landrat angelobt. Seither ist er Mitglied der Personalkommission; 2011 wurde er auch als Mitglied der IPK FHNW gewählt, und seit gut sechs Jahren sass er zudem in der Geschäftsprüfungskommission. Oskar Kämpfer reichte 24 Vorstösse ein, einige zu Verkehrsfragen, aber auch Vorstösse zur Universität oder zu Fragen der Kantonsverfassung. Oskar Kämpfer ist Ende März als Landrat glanzvoll wiedergewählt worden, aber Mitte Mai hat er der Landeskantlei mitteilen müssen, dass er das Amt aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten kann. Oskar Kämpfer hat immer wieder durch seine Dossierfestigkeit verblüfft. Der Kämpfer für ein starkes Baselbiet war in den Diskussionen manchmal sehr direkt, aber fair – und er ist wohl Rekordhalter im Verlangen von «Schliessen der Rednerliste». Als Parteipräsident hat er sich Akzeptanz auch über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg erworben. Der Redner dankt Oskar Kämpfer für sein Engagement und wünscht ihm gute Gesundheit. *[Applaus]*

Roman Klauser wurde 2011 für die SVP in den Landrat gewählt. Ab dann, bis zu seinem Ausschluss aus der Fraktion im November 2018, war er Mitglied der Personalkommission und der Finanzkommission; die Finanzkommission hat er ab Sommer 2015 auch präsiert. Während dreier Jahre war er Mitglied des Landratsbüros, und präsierte zudem die Findungskommission Landstreiber von 2013. Die letzten sieben Monate hat er als fraktionsloser Landrat der Allschwiler Volkspartei politisiert. Seine drei Vorstösse haben sich alle um Verkehrsfragen gedreht. Als Kommissionspräsident hat er mit seiner ruhigen und ausgeglichenen Art für ein fokussiertes Schaffen

gesorgt. Er hat immer darauf geachtet, dass alle sich und ihren Standpunkt einbringen konnten, und ist dafür sehr geschätzt worden. Der Redner dankt Roman Klauser für sein Engagement. *[Applaus]*

Marie-Theres Müller wurde 2011 für die BDP in den Landrat gewählt. Sie war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und der IGPK UKBB und ausserdem Vizepräsidentin der IPK FHNW. Die letzte Legislatur hat sie auch als Vizepräsidentin der CVP/BDP-Fraktion geamtet. Marie-Therese Müller hat 18 Vorstösse eingereicht, schwergewichtig zu Bildungsfragen, aber auch zu sozialen Themen. Ihre acht Amtsjahre hat sie je hälftig in zwei verschiedenen Fraktionen verbracht: Zuerst in der BDP/glp-Fraktion, dann in der CVP/BDP-Fraktion, wo sie das Fähnlein der BDP als einzige Vertreterin wacker hochgehalten hat. Fraktionsintern harmonierte es so gut, dass ihre «Fraktions-Gspänli» aber eigentlich immer auf ihren Wechsel zur CVP gewartet haben – so hört man es zumindest munkeln. Marie-Therese Müller hat sehr unaufgeregt, aber engagiert politisiert. Der Redner dankt Marie-Therese Müller für ihr Engagement und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Rolf Richterich wurde 2003 für die FDP in den Landrat gewählt und konnte also im letzten März nicht mehr zu den Wahlen antreten. Seit Juli 2011 war er Fraktionspräsident, somit war er auch vier Jahre Mitglied der Ratskonferenz und vier Jahre Mitglied der Geschäftsleitung des Landrats. Davor war er acht Jahre lang in der Bau- und Planungskommission, davon vier Jahre lang als Kommissionspräsident. Rolf Richterich hat 54 Vorstösse eingereicht – nicht nur, aber vor allem zu Bau- und Verkehrsfragen. Seit seinem denkwürdigen Votum in der Landratssitzung vom 16. November 2006 ist das wichtige politische Thema der «Ferrosexualität» in diesem Kanton endlich auch auf dem Tapet. Die älteren Landratsmitglieder wissen, um was es dabei gegangen ist. Rolf Richterich versuchte immer wieder – mit unterschiedlichem Erfolg –, seine Fraktion auf Kurs zu bringen und stellte dabei fest, dass zur Liberalität eben auch das Recht gehört, im Zweifel mit seiner Meinung von der Fraktionshaltung abzuweichen. Vor Rolf Richterich, diesem «Animal politique» haben sich im Geheimen alle Landratspräsidenten etwas gefürchtet, weil er jederzeit die Geschäftsordnung zur Hand hatte und gerne einmal die gewählten Verfahren in Frage gestellt hat. Rolf wird dem Landrat auch als schneller Denker und scharfzüngiger Redner in Erinnerung bleiben. Unermüdlich war während der letzten 16 Jahre auch sein Einsatz fürs Laufental: Böse Zungen sagen ihm nach, dass er den Laufentalvertrag sogar unter seinem Kopfkissen habe, denn er kennt diesen in- und auswendig. Der Redner dankt Rolf Richterich herzlich für sein Engagement. *[Applaus]*

Hans-Jürgen Ringgenberg wurde auch 2003 – in diesem starken Jahrgang – für die SVP in den Landrat gewählt. Seitdem war er, bis Ende letzten November, Mitglied der Finanzkommission und dort auch längere Zeit Vizepräsident. Während seiner ganzen Ratszugehörigkeit vertrat er den Landrat in der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz, davon zwei Jahre, 2005–2007, als Konferenzpräsident. Zudem präsierte er die letzte Findungskommission Landschreiberin. Hans-Jürgen Ringgenberg hat 55 Vorstösse eingereicht, thematisch breit gefächert: Von Kriminaltourismus über Kunstverkäufe bis zu Steuersenkungen. Er hat sich als Finanzpolitiker profiliert und sich auch für Sportthemen – und dort vor allem für die Verteilung der Swisslos-Gelder – interessiert. Er ist Namensgeber für die Rededauer-Einheit «R», wobei ein «R» etwa 17 Minuten entspricht. Hans-Jürgen Ringgenberg ist ein sehr geselliger Mensch und mit seiner Art bei allen gut angekommen. Der Redner dankt Hans-Jürgen Ringgenberg herzlich für sein langjähriges Mitwirken im Landrat. *[Applaus]*

Martin Rüegg wurde ebenfalls 2003 in den Landrat gewählt – deshalb ist jetzt auch für ihn «fertig Landrat». Als SP-Vertreter wirkte er seit seinem Amtsantritt in der Bau- und Planungskommission mit. Martin hat 57 Vorstösse eingereicht, grösstenteils zu Bildungs- und Verkehrsfragen, und ganz besonders hat er sich – wenn auch zuletzt vergeblich – für das Schweizerische Sportmuseum eingesetzt. Zusammen mit Regierungspräsidentin Monica Gschwind hat er die schönen Ausfahrten des Velo-Clubs Landrat organisiert, und beim FC Landrat ist er heute noch Stammspieler. Martin Rüeggs Voten waren immer sehr überlegt und konstruktiv. Bildungs- und vor allem Bau- und Ver-

kehrspolitik lagen ihm sehr am Herzen. Seine Dossiers hatte er immer im Griff – und neben seinen eigenen eigentlich auch alle anderen. Martin Rüegg leistete ein riesiges Pensum – zwischendurch auch als Parteipräsident – und freut sich bestimmt, es nun ein bisschen ruhiger zu nehmen und sich auf die Arbeit im Gemeinderat zu konzentrieren. Landratspräsident Hannes Schweizer dankt Martin Rüegg herzlich für sein Engagement. *[Applaus]*

Hans Rudolf Schafroth wurde am 13. November 2014 als Nachrückender für Daniela Gaugler als SVP-Landrat angelobt. In der letzten Legislatur war er Mitglied der Petitionskommission. Sein einziger Vorstoss war ein Postulat zum Thema Hochwasserschutz in Liestal. Hans Rudolf Schafroth ist das, was man als «traditionsbewusst» bezeichnet. Er ist ein stolzer Liestaler Bürger, immer gut gelaunt und anständig auch zum politischen Gegenüber. Er hat es verstanden, sich Gehör zu verschaffen – es ist unmöglich gewesen, seine Voten zu überhören. Der Redner dankt Hans Rudolf Schafroth für sein Engagement. *[Applaus]*

Der 1. Landratsvizepräsident **Peter Riebli** (SVP) fährt mit der Verabschiedung von Landratspräsident Hannes Schweizer fort – einem weiteren «Dinosaurier» des Parlaments.

Hannes Schweizer wurde 2003 in den Landrat gewählt, hat jetzt also die Amtszeit-Limite erreicht und durfte nicht mehr kandidieren. Bis vor einem Jahr war er als SP-Vertreter 15 Jahre lang Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission gewesen. Von Anfang 2015 bis Ende März 2018 war er auch Mitglied der Bau- und Planungskommission, davon die letzten ein und dreiviertel Jahre als Präsident. Von 2013 bis 2015 war er Mitglied des Landratsbüros und seit Juli 2016 Mitglied der Geschäftsleitung; das letzte Jahr davon – bekanntermassen – als Landratspräsident 2018/2019.

Hannes Schweizer reichte zwanzig Vorstösse ein, von Biolandbau und Bienenzucht bis zur Windkraft. Besonders gross war sein Engagement für einen sportlichen Landrat gewesen: Die Tradition der Nordwestschweizer Parlamentarier-Skirennen hat er wiederbelebt, und dem FC Landrat hat er als Mittelfeldregisseur, als Captain, als Coach – und in letzter Zeit eher als «Edeljoker» – gedient. Seine unverrückbaren sozialdemokratischen Grundwerte hat er mit einem aufrichtigen, pragmatischen Stil verbunden. Er ist ein volksnaher Politiker mit sehr viel Herzblut. Hannes Schweizer wird anschliessend noch in seiner Funktion als Landratspräsident verdankt und verabschiedet. Der Redner äussert aber schon an dieser Stelle, dass er grosse Freude hatte, neben Hannes Schweizer ein unvergessliches Lehrjahr verbringen zu können. Er dankt Hannes Schweizer für den grossen Einsatz während der letzten 16 Jahre, wünscht ihm alles Gute für die Zukunft und hofft, dass sich die Gelegenheit finden wird, hin und wieder gemeinsam ein Glas von Hannes Schweizer eigenem Weisswein zu trinken. *[Applaus]*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) fährt fort mit den Verabschiedungen.

Kathrin Schweizer wurde 2007 in den Landrat gewählt. Als Mitglied der SP-Fraktion wirkte sie die ersten siebeneinhalb Jahre in der Bau- und Planungskommission mit, und seitdem war sie viereinhalb Jahre in der Finanzkommission. Von Mitte 2011 bis Ende 2015 präsidierte sie die SP-Fraktion und gehörte in dieser Funktion auch der Ratskonferenz bzw. danach der Geschäftsleitung an. Zudem war sie Mitglied der Findungskommission Landschreiber von 2013. Von Kathrin Schweizers 36 Vorstössen drehten sich nicht alle, aber viele, um die Themen Verkehr und Umweltschutz. Kathrin Schweizer politisierte hartnäckig und ehrlich und verhielt sich dabei immer sehr kollegial, auch gegenüber Andersdenken. Sie arbeitete transparent und forderte auch Transparenz ein. Sie wird dem Landratssaal erhalten bleiben – als eine tolle Regierungsrätin, da ist sich der Redner sicher. Hannes Schweizer dankt Kathrin Schweizer herzlich für ihr Engagement und wünscht ihr eine gute Zeit in der Baselpolitaner Regierung. *[Applaus]*

Hans-Urs Spiess wurde am 16. Januar 2014 als Nachrückender für Gerhard Hasler als SVP-Landrat angelobt. Er war seit Mai 2014 Mitglied der Justiz- und Sicherheitskommission. Hans-Urs Spiess reichte vier Vorstösse ein; thematisch ging es von Jagd und Fischerei über Sicherheit bis zu Sterbehilfe. Er ist ein traditionsbewusster und unaufgeregter Politiker. Er hat der Gerichtsbarkeit kritisch auf die Finger geschaut und das Gemeinderegionengesetz vehement bekämpft. Und –



ganz wichtig –: er kommt nicht aus einer Randregion. Der Redner dankt Hans-Urs Spiess sein Engagement und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Diego Stoll wurde 2015 in den Landrat gewählt – und zwar mit dem besten Resultat, als Newcomer und damals jüngster Landrat. Als SP-Vertreter nahm er in der Justiz- und Sicherheitskommission Einsitz. Die Hälfte seiner vier eingereichten Vorstösse drehte sich um Fragen der Gerichtsorganisation. Sein juristisches Fachwissen war bereichernd für manche Kommissions- und Ratsdebatte. Die Voten-Pingpongs zwischen Diego einerseits und Marc Schinzel oder Andi Dürr andererseits waren faszinierend: Fachlich hochstehend und erst noch unterhaltend. Nicht zu vergessen ist natürlich die astronomisch hohe Trefferquote bei Spielen des FC Landrat – diesem wird Diego Stoll zum Glück als Altlandrat erhalten bleiben. Der Redner dankt Diego Stoll und wünscht ihm – vor allem auch für die berufliche Zukunft – alles Gute. *[Applaus]*

Dominik Straumann wurde 2003 in den Landrat gewählt. Als SVP-Vertreter wirkte er zwölf Jahre in der Justiz- und Sicherheitskommission mit. Seit Juli 2014 gehörte er auch der Finanzkommission und seit vier Jahren auch der Geschäftsprüfungskommission an. Die letzten acht Jahre präsidierte er die SVP-Fraktion, d.h. er war in dieser Zeit auch Mitglied der Ratskonferenz bzw. der Geschäftsleitung des Landrats. Dominik Straumann hat 15 Vorstösse eingereicht, die sich unter anderem mit dem Ablauf von Strafverfahren, aber auch mit der inneren Organisation des Landrats befasst haben. Seine Aufgabe als Dompteur von 27 eigenständigen Charakteren war sicher nicht immer einfach und hat den Einsatz von Zuckerbrot und Peitsche erfordert. Aber zum Glück ist sich Dominik Straumann als Feuerwehrkommandant ja heikle Übungen gewohnt. Er ist ein gewichtiges Mitglied der landrätlichen Teslafahrer-Fraktion. Nun scheidet er wegen der Amtszeitbeschränkung aus dem Landrat aus – und gehört doch immer noch zur jüngeren Hälfte der Mitglieder. Der Basbieter Politik bleibt er bekanntermassen als Parteipräsident erhalten. Hannes Schweizer dankt Dominik Straumann für seinen Einsatz und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Georges Thüring wurde ebenfalls 2003 in den Landrat gewählt, unterliegt also ebenfalls der Amtszeitbeschränkung. Als Mitglied der SVP-Fraktion wirkte er zuerst zwei Jahre in der Umweltschutz- und Energiekommission mit. Seither war er auch – mit zwei Unterbrüchen – Mitglied der Petitionskommission, davon die letzten vier Jahre als Präsident. Die letzten 14 Jahre, seit Juli 2005, war er zudem Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, sowie seit 12 Jahren Mitglied der IGPK Uni und seit Dezember 2015 der Personalkommission. Davor sass er auch knapp drei Jahre in der Geschäftsprüfungskommission und acht Jahre in der IGPK UKBB. Und er machte in praktisch allen Spezialkommissionen der letzten 16 Jahre als Mitglied mit: In der Spezialkommission Wahl Ombudsman von 2003/2004, in der Spezialkommission Umsetzung Neuer Finanzausgleich 2007, in der Spezialkommission Wahl Stellvertretung Ombudsman 2009 und auch in der Spezialkommission Familienergänzende Betreuung 2014/2015. An der konstituierenden Sitzung 2015 eröffnete er als Alterspräsident die Legislatur. Georges Thüring hat 82 Vorstösse eingereicht mit einem breiten Themenfächer von Verkehr über Kultur und Bildung sowie Naturschutz und sauberem Trinkwasser. Im Rat bleibt er als engagierter Vertreter des Laufentals und der Bürgergemeinden in Erinnerung. Und immer wieder hat er auch gezeigt, dass er eine soziale Ader hat, zum Beispiel mit seiner Unterstützung von Behinderten-Anliegen. Für seine Themen hat er sich hartnäckig und mit Ausdauer eingesetzt und den Neophyten ist er mit eigenen Händen zu Leibe gerückt. Hannes Schweizer dankt Georges Thüring herzlich für sein langjähriges Engagement und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute sowie gute Gesundheit. *[Applaus]*

Pascale Uccella wurde 2015 in den Landrat gewählt. Ab dann bis zu ihrem Ausschluss aus der Fraktion im November 2018 war sie Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission und der IGPK UKBB. Seit sieben Monaten politisierte sie als fraktionslose Landrätin der Allschwiler Volkspartei. Pascale hat in ihrer Landratszeit zwei Vorstösse zum Thema Schule eingereicht. Als Schulratspräsidentin war natürlich Bildung ihr Thema, und entsprechend aktiv hat sie in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission mitgearbeitet, wo sie mit ihrer aufgestellten und umgänglichen Art für ein gutes Klima gesorgt hat. Der Redner dankt Pascale Uccella für ihr Engagement und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. *[Applaus]*

Paul Wenger wurde 2007 in den Landrat gewählt. Als SVP-Vertreter wirkte er seither in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission mit, davon während dreier Jahre, von 2012 bis 2015, als Kommissionspräsident. Seit letztem Dezember war er auch Mitglied der Finanzkommission. Paul Wenger hat elf Vorstösse eingereicht, hauptsächlich zu Bildung, Kultur und Sport. Der Bildungsfachmann der SVP – auch mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung – hat erstaunlich häufig ein eigentliches Team mit Jürg Wiedemann gebildet – dies vielleicht aufgrund der gemeinsamen Freude an der Mathematik? Mit Paul Wenger verlässt ein Politiker den Landrat, der daneben auch Erfahrungen in Einwohner- und Gemeinderat gesammelt hat und immer für ein pointiertes Votum gut war; er hat den Dingen auf den Grund gehen wollen. Hannes Schweizer dankt Paul Wenger für sein Engagement und wünscht ihm alles Gute sowie eine gute Gesundheit. *[Applaus]*

Jürg Wiedemann wurde 2003 in den Landrat gewählt. Als Vertreter der Grünen war er zuerst fünf Jahre lang Mitglied der Finanzkommission, später neuneinhalb Jahre in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission und zwei Jahre in der Umweltschutz- und Energiekommission. Zudem gehörte er zeitweise der IPK FHNW, der IGPK UKBB und der IGPK Uni an. Seit Juli 2015 politisierte er als Grüner-Unabhängiger, die letzten zwei Jahre als Mitglied der Petitionskommission. Ebenfalls seit zwei Jahren präsidierte er die Fraktion glp/GU und nahm somit auch in die Geschäftsleitung Einsitz. Jürg Wiedemann hat sage und schreibe 199 Vorstösse eingereicht – das ist noch nicht der Rekord –, und zwar so ziemlich zu allen denkbaren Themen. Jürg Wiedemann ist ein Rebell der ersten Stunde; schon als Vorstandsmitglied der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee. Bei ihm verschmelzen Leben, Arbeit und Politik zu Einem. Während ihn die einen stur nennen, bezeichnen andere dies als zielstrebig – aber einen Mangel an Herzblut und Engagement hat ihm nie jemand vorwerfen können. Für seine neu gewonnene Freiheit wünscht ihm der Redner genug Zeit, damit er sich endlich einmal seiner Modelleisenbahn widmen kann. Ein grosses Dankeschön für das Engagement und weiterhin alles Gute. *[Applaus]*

Hansruedi Wirz wurde, wie der Redner auch, 2003 in den Landrat gewählt. Sie kannten sich schon vor der Zeit als Landräte gut. Nach den ersten zwei oder drei Sitzungen hatten die beiden «gewährleistet», ob sie es ein Jahr im Landrat aushalten werden. Nun sind 16 Jahre vergangen. Als SVP-Vertreter wirkte Hansruedi Wirz während seiner gesamten Amtszeit in der Umweltschutz- und Energiekommission mit. Hansruedi Wirz hat 26 Vorstösse eingereicht, darunter mehrere zum Waldenburgerli, aber auch sonst zu Verkehrs-, Energie- und Landwirtschafts-Fragen. Er hat eine sehr ruhige Art des Politisierens. Er ist ein geselliger Mensch und hat immer einen Witz auf Lager. Er hat seine Erfahrungen aus der Landwirtschaft, kombiniert mit unternehmerischem Denken, in den Landrat eingebracht und für die Versorgung des Rats mit fruchtigen Vitaminen gesorgt. Hannes Schweizer dankt Hansruedi Wirz recht herzlich und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. *[Applaus]*

Stefan Zemp wurde 2011 in den Landrat gewählt. Die ganzen acht Jahre war er Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission. Seit gut einem Jahr gehörte er auch der IGPK Rheinhäfen an. Die letzten vier Jahre vertrat er den Landrat in der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz; 2015–2017 war er auch Konferenzpräsident. Stefan Zemp hat acht Vorstösse zu verschiedenen Themen eingereicht – zur Begründung des ersten Vorstosses hat er gleich eine halbe Cannabis-Plantage mit in den Saal gebracht. Wegen dieses Auftritts und anderer spektakulärer Voten musste sich Stefan Zemp nie Sorgen um eine hohe Präsenz in den Medien machen. Als selbständiger Unternehmer und Kulturschaffender hat er dem Rat gut getan – seine Auftritte an den Landratsabenden bleiben in bester Erinnerung. Der Redner dankt Stefan Zemp für sein Engagement und wünscht ihm auch gesundheitlich alles Gute. *[Applaus]*

– *Verabschiedung von Regierungsrätin Sabine Pegoraro*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) kommt zu einer weiteren, wichtigen Verabschiedung. Regierungsrätin Sabine Pegoraro ist noch drei Tage im Amt, und dann beendet sie ihre lange, 21-jährige politische Karriere im Kanton Basel-Landschaft. Sie war unter anderen Parteipräsidentin und Landrätin, hier soll nun natürlich aber vor allem auf die 16 Jahre zurückgeblickt werden, in denen sie als Mitglied des Regierungsrats geamtet hat: zuerst acht Jahre in der Justiz- und Si-

cherheitsdirektion, dann acht Jahre als Bau- und Umweltschutzministerin. Dreimal – nämlich in den Amtsjahren 2007/08, 2012/13 und 2017/18 – durfte sie als Regierungspräsidentin amten; acht Jahre lang war sie die einzige Frau in der Regierung. Das nennt man eine Ära. In dieser Zeit wechselten die Kantonsfinanzen von schwarz zu rot und wieder zu schwarz. In dieser langen Zeit hat sich Sabine Pegoraro in zwei Domänen bewährt, die sonst klischeehaft eher mit harten Männern verbunden werden: Als Sicherheitsdirektorin war sie die Chefin der Staatsanwaltschaft, der Gefängnisse und der Polizei; als Bau- und Umweltschutzdirektorin wachte sie über Strassen, Schienen, Kläranlagen und Deponien – im dauernden Wechsel zwischen Computer und Helm. Für ihre Projekte hat sie sich hartnäckig eingesetzt und sie sogar im Trommelfeuer der Kritik standhaft verteidigt. In einer so langen Zeit erlebt man einiges an Hochs und Tiefs, und manchmal braucht es auch ein dickes Fell. Zu den Höhepunkten gehörten natürlich die Mitorganisation der Euro 08, als Baudirektorin sicher auch die Eröffnung des FHNW-Campus in Muttenz oder des Strafjustizentrums und die Einweihungen der A22 oder des Bushofs am Bahnhof Dornach-Arlesheim. Auch wichtige Reorganisationsprojekte hat Sabine Pegoraro durchgesetzt, z.B. bei der Staatsanwaltschaft oder bei der Polizei. Von «ihren» 20 Abstimmungen hat Sabine Pegoraro 15 gewonnen – das ist eine Quote, mit der man sehr zufrieden sein darf. Auch ihre Wahlergebnisse konnten sich immer sehen lassen: Sie landete bei allen vier Regierungsratswahlen immer in den Top drei. In beiden Direktionen war der Kontakt mit dem Bund immer sehr wichtig, und gerade für das Herzstück als wichtigstes ÖV-Projekt der Nordwestschweiz hat sich Sabine mit Herzblut auch gegenüber Bundesbern engagiert. Dort ging auch die Zusammenarbeit mit ihrem Amtskollegen von Basel-Stadt, Hans-Peter Wessels, sehr gut vonstatten.

Sabine Pegoraro hat sich in BPK und UEK nie aus der Ruhe bringen lassen. Selbst ein Bandscheibenvorfall war kein Hindernis, jeweils an den Sitzungen teilzunehmen. Verdrossenheit war nie spürbar, obwohl es hin und wieder Grund dafür gegeben hätte. Nämlich dann, wenn die Kommissionen anders entschieden haben, als gewünscht. Sie konnte auch mit Widersprüchen umgehen. Einerseits wurde ihr ein zu grosses Engagement bei Volksabstimmungen vorgeworfen – wie bei der Förderabgabe Energiesetz – andererseits aber auch ein zu kleines – beispielsweise beim Margarethenstich. Sie hatte es weiss Gott nicht immer einfach in ihrer Direktion.

Jetzt räumt Sabine Pegoraro ihr Büro, nimmt ihr Biedermeier-Pult mit, ein schönes Erbstück, bricht mit ihrem Mann in wohlverdiente, lange Ferien auf und kehrt dann Ende Sommer wieder ins Berufsleben zurück – als Anwältin. Davor gibt sie ihren BUD-Helm an Isaac Reber weiter. Der Redner rät dazu, die Helmgrösse vor der Übergabe zu überprüfen, damit es keine Überraschung gibt. Sabine Pegoraro wird aber im Tesla – und vielleicht auf dem Velo – weiterhin die Strassenbeläge genau prüfen. Und wer weiss, vielleicht nimmt sie ja plötzlich noch am Harassenlauf teil. Für die nächsten Schritte und den weiteren Lebenswege wünscht der Landratspräsident ihr von Herzen alles Gute und dankt ihr ganz herzlich für ihr grosses und langjähriges Engagement für den Kanton.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) bedankt sich für die Ehrung durch Landratspräsident Hannes Schweizer und verabschiedet sich mit folgenden Worten:

*«Sehr geehrter Herr Landratspräsident  
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte  
Sehr geehrte Landschreiberin  
Sehr geehrter 2. Landschreiber  
Liebe Regierungskollegin, liebe Regierungskollegen  
Liebe Medienschaffende  
Geschätzte Damen und Herren*

*Das ist jetzt meine letzte Rede in diesem Saal. Besonders ist dieser Moment aber nicht nur deshalb, sondern auch, weil ich heute vor Ihnen stehe, ohne etwas von Ihnen zu wollen – keine Vorlage, keine Abstimmung, kein zusätzliches Geld!*

*Die vergangenen sechzehn Jahre haben mein Leben geprägt. Sie sind spannend, intensiv und auch anstrengend gewesen. Es gab Hochs und Tiefs, wie immer im Leben. Es gab Erfolge und Misserfolge, und sicher habe ich nicht immer alles richtig gemacht. Eine meiner wichtigsten Aufgaben als Regierungsrätin war, Entscheidungen zu fällen, und das Tag für Tag. Ich habe das immer*

*mit meiner vollen Überzeugung gemacht, und ich wollte immer im Interesse des Kantons handeln. Manchmal hat es sich eben im Nachhinein gezeigt, dass ein anderer Weg die bessere Lösung gewesen wäre. Und daraus habe ich versucht, meine Lehren zu ziehen. Aber die positiven Ereignisse haben bei weitem überwiegt, und deshalb gehe ich mit einem guten Gefühl, wenn auch im Moment mit viel Wehmut.*

*Ich habe es immer als Privileg empfunden, Regierungsrätin zu sein. Die Baselbieter Bevölkerung hat es mir viermal ermöglicht, einen der abwechslungsreichsten und interessantesten Jobs zu machen, den ich mir vorstellen kann. Und dafür bin ich sehr dankbar. Wenn ich heute in die Runde blicke, kommen Erinnerungen hoch an die vielen Debatten, die wir zusammen geführt haben. Manchmal standen wir auf der gleichen Seite, manchmal einander gegenüber.*

*Am spannendsten waren für mich immer diejenigen Diskussionen, in denen Sie sich so richtig ins Zeug gelegt und lustvoll debattiert haben. Diese Freude an der politischen Debatte, das engagierte Kämpfen um die Sache, ohne dabei auf die Person zu zielen – solche Diskussionen wünsche ich Ihnen, die jetzt weitere vier Jahre im Landrat sein werden, von Herzen. Und gehen Sie nach den Sitzungen zusammen ein Bier trinken!*

*Geschätzte Damen und Herren, ich durfte in diesen sechzehn Jahren 17 Landratspräsidentinnen und -präsidenten, drei Landschreiber und eine Landschreiberin, zehn Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten der jeweils zuständigen Kommissionen, und zehn Regierungskolleginnen und Regierungskollegen erleben. Und natürlich sehr viele verschiedene Landrätinnen und Landräte – aber sie konnte ich zahlenmässig nicht mehr alle eruieren, man verzeihe mir das! Mit allen verbinden mich viele Erinnerungen und Erlebnisse, und ich möchte keine davon missen. Wie gesagt, sie haben in den letzten sechzehn Jahren mein Leben geprägt.*

*Zum Schluss bleibt mir der aufrichtige Dank für das entgegengebrachte Vertrauen und für die offene und gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Danken möchte ich auch der Landeskanzlei für ihre stets grosse Unterstützung sowie der Regierungskollegin und den Regierungskollegen für die tolle Zusammenarbeit und das gute Verhältnis untereinander.*

*Ich wünsche allen, die weiterhin im Parlament bleiben, viel Erfolg und Befriedigung. Und denjenigen, die nun einen anderen Weg gehen werden: Machtet's guet und viel Glück. Besten Dank!»  
 [Applaus]*

– *Verdankung von Landratspräsident Hannes Schweizer*

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** verabschiedet den scheidenden Landratspräsidenten Hannes Schweizer:

*«Geschätzte Mitglieder des Landrats*

*Geschätzte Regierungskollegin, geschätzte Regierungskollegen*

*Sehr geehrte Gäste und Medienschaffende*

*Geschätzter Herr Landratspräsident, lieber Hannes*

*Vor einem Jahr bist du mit einem Glanzresultat zum Landratspräsidenten gewählt worden, nämlich mit 80 von 86 Stimmen. Dieses beeindruckende Resultat hat eindrücklich die Wertschätzung des Landrats dir gegenüber zum Ausdruck gebracht. Wie wir bereits gehört haben, bist du lange Zeit in der Umweltschutz- und Energiekommission und in der Bau- und Planungskommission tätig gewesen. Du bist kein Partei-Hardliner gewesen, sondern hast immer lösungsorientiert politisiert und über die Fraktionsgrenzen hinaus nach Kompromissen und pragmatischen Lösungen gesucht.*

*Es ist dir auch immer ein grosses Anliegen gewesen, die Fraktionsmitglieder mit Hilfe von sportlichen Aktivitäten einander näher zu bringen – so im FC Landrat oder auch bei Anlässen der parlamentarischen Gruppe Sport. Dies ist dir auch hervorragend gelungen! Ich erinnere mich gut an eine Wanderung auf den Wasserfallen, bei der ich einige Landräte im persönlichen Gespräch plötzlich ganz anders wahrgenommen und schätzen gelernt habe. Dies ist enorm wichtig für eine gute Zusammenarbeit im Parlament.*

*Das Resultat vor einem Jahr hat aber nicht nur die Wertschätzung widerspiegelt, sondern war auch eine gehörige Portion Vorschuss-Lorbeeren. Heute – ein Jahr später – stelle ich fest: diese Vorschuss-Lorbeeren waren absolut gerechtfertigt! Du hast die Erwartungen mehr als erfüllt und das Amt als höchster Baselbieter in deiner unvergleichlichen Art – nämlich engagiert, unkompliziert, gradlinig und authentisch – eben ganz in «Hannes-Schweizer-Manier» ausgeübt.*



*Das Schiedsrichter-Set, das ich dir von einem Jahr geschenkt habe, hast du nie gebraucht. Du hast den Landrat manchmal ermahnt, und hast ihn auf die Spielregeln und das Fairplay hingewiesen. Das hat dann auch schon gereicht. Du hast mit viel Geschick, Ausdauer und Geduld dein Team geführt. Du hast aber auch auf Effizienz gepocht und wichtige Vorlagen, wie zum Beispiel die Mehrwertabgabe oder die Steuervorlage 17, sicher und zeitgerecht unter Dach und Fach gebracht. Auch ausufernde Diskussionen wie etwa zum Fluglärm oder zum Klimawandel hast du gekonnt und mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl geleitet.*

*In deinem Präsidialjahr hast du über 170 Anlässe besucht, von Generalversammlungen über die Eröffnung von Ausstellungen und Sportanlässen bis zu Preisverleihungen und Jubiläen. Auch etliche Besuche bei anderen Kantonsparlamenten standen auf dem Programm. Unsere Wege haben sich viele Male gekreuzt. Aus meiner Perspektive kann ich dazu Folgendes sagen: Deine Anwesenheit wurde immer sehr geschätzt und du hast unseren Kanton immer sehr sympathisch repräsentiert. Deine Grussbotschaften waren immer gut vorbereitet, sie kamen von Herzen, sie waren authentisch und nie langweilig. Es war immer spürbar, dass du dich mit dem Thema des Anlasses und seinem Publikum im Vorfeld intensiv auseinandergesetzt hast.*

*So blieb mir zum Beispiel deine Rede an der Kulturpreisverleihung in bester Erinnerung, denn sie hat mich wirklich beeindruckt. Du hast ein wenig provokativ, aber mit Charme und Witz, auf den Punkt gebracht, warum Kultur und Kunst wichtig für das «ganz normale Volk» sind. Ganz spontan sagte ich dann, dass ich dich gerne als Kulturbotschafter anstellen würde. Du und Esther Roth, ihr wärt ein unschlagbares Team! Leider liegt ein Stellenausbau nicht drin. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.*

*Lieber Hannes, im Namen des ganzen Landrats und des ganzen Regierungsrats danke ich dir sehr herzlich für deine grossartige Arbeit für die Öffentlichkeit, für das Baselbiet und für unsere Einwohnerinnen und Einwohner – als Landrat und ganz besonders als Landratspräsident und höchster Baselbieter! Ich freue mich, dass ich dir als Geschenk diese imposante Schatztruhe überreichen darf. Natürlich findest du darin auch einen Schatz! Weil Goldstücke, Schmuck oder Edelsteine so gar nicht zu deiner bodenständigen Art passen würden, haben wir sie mit «Waldenburgertalern» gefüllt.*

*Der innovative Verein «KMU Waldenburgertal» hat nämlich eine eigene, harte Währung geschaffen. Damit kann man in diversen KMU im Waldenburgertal bezahlen. So wird die Kaufkraft im Tal gestärkt, weil die Mitglieder vom Verein KMU Waldenburgertal direkt berücksichtigt werden. Mit diesen Waldenburgertalern willst du dir einen Brunnen für deinen Garten anfertigen lassen. Ich hoffe, dass dich das stetige Sprudeln und Plätschern dieses neuen Brunnens immer wieder an deine 365 Tage als stolzer Waldenburgertaler und höchster Baselbieter erinnern wird. Das Jahr soll dir in schönster Erinnerung bleiben, auch wenn ein Haufen Arbeit und Aufwand damit verbunden war!*

*Lieber Hannes, wir alle wünschen dir für deine Zukunft nur das Beste. Es wird dir sicher nicht langweilig werden in Oberdorf. Du bist einer, der immer etwas anreisst, der hilft und unterstützt, wo er kann. Alles Gute, beste Gesundheit und vielen Dank für alles!»*

*[Applaus]*

– *Abschlussrede des scheidenden Landratspräsidenten*

**Hannes Schweizer** (SP) bedankt sich für die berührenden Worte und nimmt dankend einen Blumenstrauss entgegen, bevor er diesen zeitweilig wieder abgibt, um seine Schlussrede zu halten:

*«Liebe Kolleginnen und Kollegen*

*Wenn jetzt nicht noch ein Ordnungsantrag – von Rolf Richterich – gestellt wird, der meine Abschlussrede zeitlich begrenzen will, so ist es definitiv, dass ich in meinem Amtsjahr keinen einzigen Stichtscheid fällen durfte oder vielmehr musste.*

*Ich wurde im Verlauf meines Amtsjahres immer wieder gefragt, ob ich immer noch dem Landrat angehöre. Auf die Frage warum, kam die Antwort: Man liest und hört nichts mehr von dir. So ernüchternd diese Feststellung im ersten Moment für mich war, sie traf tatsächlich zu. Ausser ein paar Erwähnungen und Bildern bei Spatenstichen oder Verbandsversammlungen wurde meine Tätigkeit als Landratspräsident in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die grösste Erwähnung in den Medien war mein spontaner Einsatz als Verkehrspolizist in Oberdorf, um ein Verkehrschaos*



zu verhindern. Vielleicht war es ein Fehler, mich für ein Jahr aus den sozialen Medien zu verabschieden. Aber da es ohnehin nie meine Absicht war, dieses Jahr zu nutzen um meinen Bekanntheitsgrad zu verbessern, bin ich gar nicht so unglücklich, dass man mich in der Öffentlichkeit so wahrgenommen hat.

Unbestritten war mein letztes Jahr zugleich die schönste und ereignisreichste Zeit meiner 32-jährigen politischen Tätigkeit und ich hoffe, dass ich die Erwartungen, die Sie in meine Wahl gesetzt haben, zumindest bezüglich Sitzungsleitung, erfüllt habe. Allein die Tatsache, dass der oberste Hüter der Geschäftsordnung, Rolf Richterich, nie eingreifen musste, kommt einem Ritterschlag gleich und zeigt, dass ich nicht manchen Fehler gemacht haben kann. Zudem wurde ich bei meinen über 50 Grussbotschaften, die ich an diversen Anlässen im Namen des Landrates halten durfte, nie durch Zwischenrufe unterbrochen. Ich durfte sogar mehr als einmal anerkennenden Dank entgegen nehmen.

Weil es meine letzte Wortmeldung sein wird, zumindest in meiner Funktion als Landratspräsident und in diesem Saal, erlaube ich mir, auch eine kritische Beurteilung unserer Landratsarbeit vorzunehmen. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, dass es nicht um einzelne Parteien und schon gar nicht Personen geht. In den letzten vier Jahren habe ich festgestellt, dass es immer schwieriger wird, notwendige Reformen, Planungen, Projekte oder Strategien mit den notwendigen Mehrheitsverhältnissen zu verabschieden, so dass nicht für jede Gesetzesänderung, jedes Kreditbegehren oder jeden Planungsgrundsatz eine Volksabstimmung nötig ist. Die Gesellschaft erwartet von der Politik Lösungen und nicht eine Auswahl von Varianten, die dann das Volk wieder auf Feld eins zurückzuführen. Natürlich hat es auch schon vor zehn oder 15 Jahren Volksabstimmungen gegeben, aber nicht in dieser Häufigkeit. In der vergangenen Legislatur gab es 42 Volksabstimmungen auf kantonaler Ebene. So gesehen, bezeichne ich die letzten vier Jahre als die schlechteste Legislatur, die ich in diesem Rat miterlebt habe. Wir entscheiden zunehmend nur noch nach den Prinzipien Schwarz oder Weiss, gut oder schlecht und entweder oder. Das führt zu ideologische Grundsatzdebatten, die uns a. nicht weiterbringen, b. wertvolle Zeit beanspruchen und c. das politische Klima vergiften.

Zudem beschäftigen wir uns zunehmend mit uns selbst. Das zeigt die Zunahme der Geschäfte, die sich seit 2003 bis 2018 fast verdoppelt haben. Vor allem die persönlichen Vorstösse haben zugenommen. Sie sind zwar ein wichtiges politisches Instrument, und viele dieser Vorstösse haben etwas ausgelöst. Aber oft sind es – entschuldigen Sie den Ausdruck – Symbolvorstösse, mit denen die Regierung beauftragt wird, etwas zu prüfen, das sie a. schon einmal geprüft hat, b. das nicht stufengerecht ist, weil es den operativen Bereich der Regierung und Verwaltung betrifft, c. das bezüglich Umsetzung unrealistisch ist, d. auf das die Regierung keine Einflussmöglichkeit hat, weil übergeordnetes Recht gilt.

Vielleicht muss sich die Geschäftsleitung überlegen, die Anforderungen zur Einreichung eines Vorstosses zu erhöhen. Beispielsweise, indem ein Postulat oder eine Motion mindestens von 15 Personen unterzeichnet werden muss, davon mindestens eine aus einer andern Fraktion. Etwas Positives kann ich den letzten vier Jahren abgewinnen; es fällt mir weniger schwer, mich aus der Politik zurückzuziehen, als ich mir das je vorgestellt habe.

Was mir aber fehlen wird, sind die Begegnungen mit euch, Landrätinnen und Landräten sowie Regierungsrätinnen und Regierungsräten und Mitarbeitenden der Landeskanzlei. Ich hoffe, meine Schlussrede führt nicht dazu, dass mir ein Zutrittsverbot in das Gebäude auferlegt wird und ich weiterhin die Gelegenheit haben werde, die Sitzungen von der Tribüne aus zu verfolgen.

Zum Schluss möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Zuallererst bei Alex Klee und Elisabeth Heer, eure Unterstützung und vor allem eure Vorbereitung der Landratssitzungen haben die Sitzungsleitung enorm erleichtert. Es ist unvorstellbar für mich, wie früher die Landratssitzungen geführt werden konnten, ohne dass es dafür ein Drehbuch gab, dem das Präsidium einfach folgen konnte. Euch beiden ein herzlicher, aufrichtiger Dank! Auch der Landeskanzlei und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Unterstützung. Den Medien für ihre sachliche Berichterstattung. Und vor allem den beiden Vizepräsidenten. Die Zusammenarbeit mit euch beiden war einfach wunderbar. Wir harmonierten hervorragend und hatten es auch lustig. Bis vor einem Jahr habe ich euch lediglich als Politiker gekannt. In diesem Jahr lernte ich euch auch als Menschen näher kennen. Ich kann Ihnen sagen, mein Freundeskreis hat sich um zwei Personen erweitert.

Apropos Wahlen: Ich wurde vor einem Jahr mit einem Wahnsinnsresultat zum Präsidenten ge-

*wählt, alle Parteien haben mich unterstützt, das war die grösste Motivation, mein Amt nach bestem Wissen und Gewissen auszuüben. Zugleich war es eine Aufforderung, dieses Amt politisch neutral auszuüben.*

*Ihr wählt am Montag den neuen Präsidenten und die Vizepräsidenten. Ich hoffe und wünsche mir, dass alle ein Glanzresultat erreichen. Bei Wahlen für die Präsiden dürfen und sollen nicht die Parteizugehörigkeit und schon gar nicht die politische Haltung den Ausschlag geben. Entscheidend ist die Fähigkeit. Und ich kann Ihnen versprechen, Peter Riebli, der vor einem Jahr ein schlechtes Resultat erreichte, wird dank seiner Erfahrung als Gemeindepräsident ein hervorragender Landratspräsident. Schenken Sie allen zur Wahl stehenden Kandidaten das Vertrauen.*

*Übrigens, in diesem Moment hebe ich das Glockenmoratorium auf [er hebt die Glocke und läutet sie] und du, lieber Peter, kannst wieder läuten, so viel du willst.*

*Bei dir, liebe Regierungspräsidentin Monica Gschwind, bedanke ich mich für die unkomplizierte Zusammenarbeit und für dein Engagement. Schon deine Rede zu meiner Wahl wurde von vielen Leuten begeistert aufgenommen als die beste, je gehörte Rede. Die versprochene Fahrgemeinschaft zwischen dir, der Hölsteinerin und mir, aus dem Nachbardorf, fand leider nicht so oft statt. Du wolltest mich nicht in die Regierungssitzung mitnehmen, und umgekehrt wolltest du mich auch nie an einen Fussball-Match begleiten. Wir haben uns aber hervorragend ergänzt und abgesprochen in Bezug auf den Besuch verschiedener Anlässe. Ich danke dir für deine Arbeit als Regierungspräsidentin.*

*Euch allen wünsche ich nun einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.»*

*[Applaus]*

*://: Die Legislaturperiode 1. Juni 2015 – 30. Juni 2019 des Landrats ist abgeschlossen.*

---

Die nächste Landratssitzung findet statt am

1. Juli 2019 (konstituierende Sitzung)